

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

---

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA  
125.  
SITZUNG  
11-7-1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente BERTORELLE

## INDICE

**Disegno di legge n. 93: « Autorizzazione di un impegno di Lire 300 milioni per la concessione di provvidenze ai sensi della legge regionale 28 novembre 1966, n. 21, a favore delle imprese danneggiate dalla alluvione del mese di novembre dell'anno 1966 ».**  
pag. 3

**Disegno di legge n. 79: « Norme per il coordinamento della legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni, con il decreto del Presidente della Repubblica 30 giugno 1965, n. 1124 ».**  
pag. 49

## INHALTSANGABE

**Gesetzentwurf Nr. 93: « Ermächtigung einer Ausgabenbindung in Höhe von 300 Millionen Lire zur Gewährung von Finanzierungshilfen kraft Regionalgesetz Nr. 21 vom 28. November 1966 an im November 1966 hochwassergeschädigte Unternehmen »**  
Seite 3

**Gesetzentwurf Nr. 79: « Bestimmungen zur Koordinierung des Regionalgesetzes Nr. 8 vom 11. September 1961 und nachfolgender Änderungen mit dem Dekret Nr. 1124 vom 30. Juni 1965 des Präsidenten der Republik »**  
Seite 49

Ore 10.10

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 7.7.1967.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Continua la discussione generale sul *disegno di legge n. 93*: « **Autorizzazione di un limite di impegno di lire 300 milioni per la concessione di provvidenze ai sensi della legge regionale 28 novembre 1966, n. 21, a favore delle imprese danneggiate dalla alluvione del mese di novembre dell'anno 1966** ».

Chi chiede la parola in discussione generale?

La parola al cons. Spögler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei haben in der zuständigen Kommission gegen dieses Gesetz gestimmt, weil der Herr Assessor uns mit seinen Darlegungen nicht von der Güte bzw. von der Zweckmäßigkeit dieses Gesetzentwurfes, so wie er uns vorliegt, überzeugen konnte. Ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, unseren Standpunkt zu diesem Gesetze ganz kurz darzulegen. Dieser Gesetzentwurf baut auf das Staatsgesetz 1142 auf. Wie wir alle wissen, sieht das Staatsgesetz Darlehen für unvettergeschädigte Industrie- und Handelsunternehmen sowie Beherbergungsbetriebe zu einem Zinsfuß von 3% vor, die, außer zur Behebung der effektiven Unvetterschäden an den Gebäuden und an den Warenlagern, auch dazu dienen sollen, diese geschädigten Betriebe wiederum zu beleben, dh. mit anderen Worten, wiederum anzukurbeln.

Nun, gegen dieses Gesetz ist natürlich nichts einzuwenden; es ist ja auch für unsere Region gerade zurecht gekommen und wir können es nur begrüßen. Nur hängt der vorliegende Gesetzentwurf, wie schon gesagt, mit dem Staatsgesetz 1142 zusammen und bildet eigentlich nichts anderes als eine Ergänzung oder eine

Verbesserung desselben. Das scheint mir ein Umstand zu sein, der nicht ganz kritiklos hingenommen werden kann. Mir scheint, daß dieses Anhängen an dieses Staatsgesetz seitens der Regionalverwaltung kein sehr guter Griff war. Diese Darlehen werden nicht nur für direkte Schäden, sondern auch für die Wiederankurbelung der Betriebe bewährt. Und wenn man weiß, daß die Bankinstitute — und in diesem Fall das Mediocredito, die Zentrale des Mediocredito — nicht verpflichtet sind, auch nicht der Regionalregierung gegenüber, Auskünfte zu geben, dann glaube ich, ist die Kritik an diesem Gesetzentwurf unsererseits berechtigt. Wir haben vom Assessor in der Kommission gehört, daß er vom Mediocredito Centrale, vom Zentralen Kreditinstitut für mittelfristige Kredite, keine genauen Auskünfte erhalten hat und daß auch dieses Mediocredito in keiner Weise gezwungen ist, der Region Daten irgendwelcher Natur zur Verfügung zu stellen.

Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt vor, den Zinsfuß für die beim Mediocredito aufgenommenen Darlehen herabzusetzen, und zwar von 3% auf 1,5% oder auf 0% oder sogar einen Kapitalbeitrag in der Höhe von maximal 3% zu gewähren. Ich möchte nun mit aller Klarheit feststellen, daß wir als Südtiroler Volkspartei ohne weiteres dafür sind, daß dieser Zinsfuß von 3% auf 1,5% oder auf 0% herabgesetzt wird, oder daß in Fällen, wo es sich um Betriebe handelt, die schwerste Unwetterschäden erlitten haben, sogar ein Kapitalbeitrag gewährt wird. Wir sind aber nicht der Meinung, daß die von der Region zur Verfügung gestellten Beträge als Darlehen durch das Mediocredito verwendet werden können. Denn in unserem Falle hat die Region meines Erachtens nichts anderes zu tun, als einfach zu bezahlen, ohne irgendein Mitspracherecht be-

züglich der Höhe des aufgenommenen Darlehens zu haben; die Region kann nicht sagen, das aufgenommene Darlehen sei ihr zu hoch, der Betrieb habe nicht einen so großen Schaden erlitten und somit sei sie nicht bereit, auf diese Summe ihren Zinsenbeitrag zu leisten. Die Region hat also, was die Höhe des aufgenommenen Darlehens betrifft, überhaupt keinen Einfluß. Sie kann nur den Zinsfuß von 3% auf 1,5% usw. herabsetzen. So kann es also vorkommen — und dies ist nicht nur ein theoretischer Einwand, sondern eine Tatsache, die wirklich vorkommt —, daß der Unwetterschaden, um ein Beispiel zu machen, 10 Millionen Lire betragen hat, hingegen das beim Zentralen Mediocredito aufgenommene Darlehen eine Höhe von sagen wir 100 Millionen Lire beträgt. Wie gesagt, das ist nicht nur ein Beispiel rein theoretischer Natur, sondern die Dinge liegen effektiv so. Das Mediocredito setzt nämlich überhaupt nicht den Schaden fest, sondern kontrolliert nur die gemachten Investitionen seitens des geschädigten Betriebes. Ich glaube, daß wir als autonome Region mit dieser Prozedur nicht einverstanden sein können.

Ich darf mir auch erlauben, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß sich in der zuständigen Kommission sogar Vertreter der Mittellinksregierung, d.h. der Vereinigten Sozialistischen Partei, bei diesem Gesetzentwurf der Stimme enthalten haben. Es handelt sich nämlich bei diesem Gesetzentwurf nicht um eine kleine Summe, nicht um eine Bagatellangelegenheit, sondern mit diesem Gesetzentwurf sollen immerhin 3 Milliarden Lire flüssig gemacht werden. Und diese 3 Milliarden Lire sollen flüssig gemacht werden, weil von den unwettergeschädigten Industrie-, Handels- und Beherbergungsbetrieben Darlehen in der Höhe von 25 Milliarden Lire aufgenommen

worden sind oder diese Betriebe im Begriffe sind, diese Darlehen aufzunehmen. Es sind nicht 22 Milliarden, wie es aus dem Gesetzentwurf hervorgeht, sondern 25.096.000.000 Lire, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, die uns der Herr Assessor zur Verfügung gestellt hat. Die Industriellen haben zum Beispiel Darlehen in der Höhe von 18 Milliarden 510 Millionen Lire beantragt. Der gemeldete Schaden auf dem Sektor Industrie beträgt, immer laut Angaben der Regionalverwaltung, 5,5 Milliarden in der Provinz Trient und eine halbe Milliarde in der Provinz Bozen, also insgesamt 6 Milliarden Lire. Und ich bin überzeugt, daß die Höhe der Schäden seitens der geschädigten Betriebe nicht zu gering angegeben worden ist; nehmen wir an, daß sie richtig angegeben worden sind, um nicht zu sagen, wie es natürlich meistens der Fall ist, daß die Meldungen etwas übertrieben gemacht worden sind. Aber nehmen wir an, diese Schadensmeldung sei in einem vernünftigen Rahmen gemacht worden, somit haben wir auf dem Sektor Industrie eine Schadensmeldung von 6 Milliarden Lire. Dieser Summe von 6 Milliarden stehen Darlehensgesuche in der Höhe von 18,5 Milliarden Lire gegenüber. Auf dem Sektor des Handels und des Fremdenverkehrs, des Beherbergungswesens machen die gemeldeten Schäden 4,5 Milliarden Lire aus, die beantragten Darlehen hingegen belaufen sich auf eine Höhe von 6 Milliarden 585 Millionen Lire. Also auf diesen beiden Sektoren scheint ein nicht so großer Unterschied zwischen den gemeldeten Schäden und den aufgenommenen bzw. aufzunehmenden Darlehen zu sein.

Herr Assessor! Wir sollen nun mit diesem Gesetzentwurf die Zinsen auf Darlehen zahlen, die von einem Bankinstitut in beliebiger Höhe gewährt werden und auf das wir keinen

Einfluß haben, weil die Formulierung des Staatsgesetzes sehr vage ist. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß diese Betriebe Darlehen in x-beliebiger Höhe vom Staat bekommen, im Gegenteil; wir haben aber sehr viel dagegen einzuwenden, daß wir als Region Zinszuschüsse auf Darlehen gewähren sollen, auf deren Höhe wir gar keinen Einfluß haben können. Wir hätten gegen diesen Gesetzentwurf nichts einzuwenden gehabt — das muß mit aller Klarheit festgestellt werden —, wenn die Region damit Zinszuschüsse gewährt bzw. den Zinsfuß nur für Darlehen herabgesetzt hätte, die sich auf die effektiven Schäden der Betriebe beziehen, wobei — und das möchte ich unterstreichen — wir auch sicher nichts dagegen gehabt hätten, wenn die Höhe der Schäden in etwas großzügiger Weise geschätzt worden wäre. Wir hätten sicher auch nichts dagegen gehabt, wenn man außer den effektiven Schäden an Gebäuden, an Maschinen, an Warenlagern usw. auch noch die Arbeitsunterbrechungen, die Arbeitsausfälle miteinkalkuliert hätte. Aber einfach auf Darlehen in x-beliebiger Höhe, die seitens des Mediocredito Centrale in Rom gewährt werden, unser gutes Geld ausgeben, das scheint mir nicht ganz richtig zu sein.

Im übrigen möchte ich auch kurz erwähnen, daß, wenn ich richtig informiert bin, auf dem Sektor der Landwirtschaft nur dann Beiträge seitens des Staates gewährt werden, wenn der Schaden am lebenden oder toten Inventar den Wert von 20% des Gesamtwertes überschreitet.

Also ist im Staatsgesetz auch eine Norm vorgesehen, nach welcher die Schäden eine gewisse Konsistenz haben müssen, nämlich nicht weniger als 20% des Gesamtwertes. In vorliegendem Gesetzentwurf ist diese Bestimmung,

die mir als richtig erscheint, jedoch nicht enthalten.

Wir Kommissionsmitglieder haben geglaubt, daß es sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf um ein Gesetz zur Behebung der Unwetterschäden auf dem Sektor der Industrie, des Handels und des Beherbergungswesens handle. Wenn dem so gewesen wäre, dann hätten wir sicher nichts gegen dieses Gesetz einzuwenden gehabt. Der Herr Assessor hat aber — und man muß sagen, er hat sich sehr klar ausgedrückt — gesagt, das Kriterium, nach welchem dieser Gesetzentwurf angewendet wird, ist nicht das des Schadens, sondern das der Investition (*il criterio non è del danno ma dell'investimento*). Das ist der richtige Inhalt dieses Gesetzentwurfes: nicht nur Beiträge für effektive Schäden zu geben, in gewissen Fällen sogar Kapitalbeiträge, sondern diese Beiträge werden im großen und ganzen nach dem Kriterium der gemachten Investitionen gegeben. Und wenn das das Kriterium des Staates ist, dann ist dagegen nichts einzuwenden; für die Region jedoch ist es nicht gut anwendbar, weil diese, so scheint mir wenigstens, nicht genügend Geld hat, um auf diesem Sektor so bedeutende Mittel — also 3 Milliarden Lire — auszugeben. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, ohne daß uns deswegen der Vorwurf der Industrie Feindlichkeit gemacht werden könnte, da wir zu den meisten Gesetzen unsere Zustimmung gegeben haben, daß wir in den letzten Jahren, ich spreche nur von den Jahren 1965, 1966 und vom laufenden Jahr 1967, bereits eine Summe von über 5 Milliarden Lire für die Industrieförderung bereitgestellt haben. Und mit diesem vorliegenden Gesetzentwurf sollen 3 Milliarden, mit dem Gesetzentwurf Nr. 90, der auch zur Behandlung vorgelegt ist, nochmals 3 Milliarden

und mit dem Gesetzentwurf Nr. 96, der auch in Kürze verabschiedet werden soll, ebenfalls weitere 3 Milliarden Lire bereitgestellt werden. Also insgesamt sollen im heurigen Jahr 9 Milliarden Lire für Industrieförderung und zur Beseitigung der Schäden in der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sind es 14 Milliarden Lire, die bereitgestellt worden sind bzw. im Begriffe sind bereitgestellt zu werden, und zwar nur in den Jahren 1965, 1966 und in diesen Monaten des Jahres 1967, wo von sicher ein Teil auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfes auch zugunsten der Handelsbetriebe und Beherbergungsbetriebe geht.

Nun, diese Summen scheinen im Vergleich zum Fremdenverkehr sehr hoch zu sein, wo wir im gleichen Zeitraum nur 1,5 Milliarden zur Verfügung gestellt haben. Auf dem Sektor der Landwirtschaft haben wir 1 Milliarde 780 Millionen, auf dem Sektor der Bergwirtschaft 645 Millionen zur Verfügung gestellt. Ich weiß, Herr Assessor, daß man auf dem Sektor Industrie sehr viel Geld braucht, um irgendetwas Konkretes, Positives leisten zu können. Ich sage dies nicht, weil ich gegen die Bereitstellung solcher Summen auf dem Sektor der Industrie bin. Wir dürfen aber, glaube ich, auch nicht vergessen, daß es noch andere Wirtschaftszweige gibt, die im argen liegen und die auch dringende « Injektionen » seitens der Region bedürften. Wir dürfen nicht vergessen, und das hat der Kollege de Carneri in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, daß wir noch ganze Fraktionen und Talseiten haben, wo z.B. die Elektrifizierung noch nicht so weit fortgeschritten ist, um für die Landwirtschaft ausreichend zu sein; wir wissen, daß es auf dem Sektor der Berg- und Landwirtschaft noch große Mängel gibt und daß große Investitionen

notwendig wären. Natürlich heißt es seitens der Region: Wir haben kein Geld, wo sollen wir es hernehmen? Ich finde nur, daß man, wenn man will, das Geld doch immer irgendwo findet und bereitstellen kann.

Ganz kurz zusammenfassend, Herr Assessor, möchte ich nur sagen, daß wir für Zinszuschüsse auf Darlehen sind, die die effektiven Unwetterschäden betreffen. Nehmen wir ein Beispiel: Ein schwerstgeschädigter Industriebetrieb hat einen Schaden in der Höhe von 300 Millionen Lire angemeldet. Ich glaube, das ist einer der schwerstgeschädigten Industriebetriebe, die wir in der Region haben. Wenn wir nun dieses Gesetz anwenden und ihm auf die 300 Millionen Lire einen 3%igen Kapitalbeitrag gewähren, dann hat der betreffende Unternehmer nicht nur ein zinsenloses Darlehen, sondern er bekommt seitens der Region 9 Millionen Lire jährlich für einen Zeitraum von 10 Jahren, also insgesamt 90 Millionen Lire, wobei, wie gesagt, das aufgenommene Darlehen zinsenlos ist. Sicher, wenn wir genügend Geld hätten, dann könnten wir noch großzügiger sein. Aber vergessen wir nicht, daß die anderen Wirtschaftszweige, z.B. die Landwirtschaft auch nicht so großzügig behandelt werden bzw. behandelt worden sind.

Wir sind bestimmt für die Industrieförderung und wir sind auch dafür, daß den geschädigten Unternehmen Beiträge gewährt werden, aber mit diesem Gesetzentwurf, der sich an das Staatsgesetz anhängt, so daß wir auf die Höhe der aufgenommenen Darlehen keinen Einfluß haben, können wir nicht einverstanden sein, es sei denn, der Herr Assessor ist in der Lage, uns klarere Auskünfte zu erteilen, oder es werden Abänderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf in dem von mir dargelegten Sinne gestellt. Wir warten also noch auf die Darle-

gungen des Herrn Assessors und werden uns dann dementsprechend verhalten.

*(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Dato che con le sue esposizioni il signor Assessore non è riuscito a convincerci dell'utilità del presente disegno di legge, i rappresentanti della SVP hanno, nella competente commissione, votato contro tale legge. Ritengo pertanto doveroso illustrare brevemente il nostro punto di vista in merito. Questo disegno di legge si riallaccia alla legge nazionale 1142 la quale, come tutti sappiamo, prevede per le imprese industriali, commerciali ed alberghiere, danneggiate dall'alluvione, mutui ad un tasso del 3%; essi dovrebbero servire, oltre che per la rimozione degli effettivi danni alluvionali agli edifici e magazzini, anche per dare nuovo impulso alle imprese danneggiate.*

*È ovvio dunque come nulla vi sia da obiettare contro questa legge; essa è arrivata al momento giusto anche per la nostra Regione e non possiamo che accoglierla con favore, se nonch , dato che come gi  detto, il presente disegno di legge si riconnette appunto a questa legge nazionale 1142 e non costituisce quindi null'altro che una integrazione o miglioramento, mi sembra che la cosa sia peraltro passibile di qualche critica. Ho l'impressione infatti che l'uniformare il disegno di legge alla legge nazionale non sia stata una mossa propriamente indovinata. Questi mutui non vengono concessi soltanto per i danni veri e propri, ma anche per dare nuovo impulso alle industrie. Sapendo quindi che gli istituti bancari — in questo specifico caso la centrale del Mediocredito — non sono tenuti, neppure nei confronti del Governo regionale, a fornire informazioni, credo che la nostra critica sul disegno di legge in parola sia del tutto giustificata. In sede di commissione l'Assessore ha detto infatti di non aver*

ricevuto dal Mediocredito informazioni precise e che tale istituto bancario non è affatto tenuto di mettere a disposizione della Regione dati di alcun genere.

Nel presente disegno di legge viene proposto, in merito ai mutui contratti presso il Mediocredito, di ridurre il tasso d'interesse dal 3% all'1,5% oppure allo 0% o di concedere addirittura un contributo in conto capitale nella misura massima del 3%. Vorrei ora precisare in tutta chiarezza che noi, quale SVP, siamo senz'altro favorevoli a che detto tasso di interesse venga ridotto dal 3% all' 1,5% o allo 0% oppure, nei casi in cui si tratti delle aziende più gravemente colpite dall'alluvione, a che venga appunto concesso addirittura un contributo in conto capitale. Non siamo però dell'opinione che i contributi messi a disposizione dalla Regione, possano venire impiegati nella concessione di mutui da parte del Mediocredito. In tal caso infatti la Regione dovrebbe limitarsi semplicemente a sborsare, senza alcuna facoltà di dire una propria parola su quanto concerne l'ammontare del mutuo contratto; non potrebbe cioè, facendo rilevare che ritiene il tale o tal'altro mutuo troppo forte rispetto al danno subito dall'azienda, dichiararsi non disposta a concedere sulla somma il proprio contributo in conto interessi. La Regione non avrebbe insomma alcuna voce in capitolo su quanto riguarda l'ammontare del mutuo e potrebbe soltanto ridurre dal 3% all'1,5% il tasso d'interesse. Potrebbe quindi verificarsi — e questa non è solo un'obiezione in senso teorico, ma un fatto che accade realmente — che, tanto per fare un esempio, il danno alluvionale abbia comportato 10 milioni di lire mentre, per contro, il mutuo contratto presso il Mediocredito ammonti a 100 milioni. Questo non è, come già detto, un esempio puramente teorico ma una

realtà di fatto. Il Mediocredito infatti non si cura per nulla di stabilire l'entità del danno, ma si limita semplicemente a controllare gli investimenti fatti dall'azienda danneggiata. Non credo che noi, quale Regione autonoma, ci si possa dichiarare d'accordo su tale procedura.

Mi si consenta, in tal connessione, di ricordare che nella competente commissione si sono astenuti dal voto persino rappresentanti del Governo di centro-sinistra, ossia del PSU. Infatti non si tratta qui di rendere disponibile con questo disegno di legge una piccola somma, una bagatella, ma si tratta pur sempre di 3 miliardi di Lire. E questi 3 miliardi dovrebbero rendersi disponibili perché le aziende industriali, commerciali ed alberghiere danneggiate dalla alluvione, hanno contratto mutui per un ammontare di 25 miliardi di lire o sono in procinto d'incontrarli. Non si tratta, come emerge dal disegno di legge, di 22 miliardi bensì, per quanto risulta dalla tabella messaci a disposizione dal signor Assessore, di 25.096.000.000. Le imprese industriali, ad esempio, hanno richiesto mutui in ragione di 18 miliardi e 510 milioni di lire, mentre il danno denunciato nel settore industriale ammonta — sempre stante i dati dell'amministrazione regionale — a 5,5 miliardi in provincia di Trento e mezzo miliardo in provincia di Bolzano, dunque complessivi 6 miliardi di lire. Ed io sono convinto, d'altronde, che le aziende danneggiate non abbiano denunciato danni assai inferiori alla loro effettiva entità; ammettiamo pure che l'ammontare sia esatto, sempreché come capita generalmente, nelle denunce non si sia addirittura ecceduto. Ma ammettiamo, ripeto, che siano state fatte in misura ragionevole, ebbene in tal caso il loro ammontare comporta per il settore industriale 6 miliardi di lire a cui si contrappongono richieste di mutui pari a 18,5 miliardi di lire. Nel

settore del commercio, del turismo e dell'industria alberghiera, i danni denunciati ammontano a 4,5 miliardi di lire, alle quali si contrappongono richieste di prestiti in ragione di 6 miliardi e 585 milioni di lire. In entrambi questi settori dunque, sembra proprio non esservi una grande differenza fra i danni denunciati ed i mutui contratti o da contrarsi.

Signor Assessore! Ora, stante questo progetto di legge, noi dovremmo quindi pagare gli interessi sui mutui che vengono concessi in misura stabilita a piacimento dagli istituti bancari, per prestiti cioè sui quali, causa una legge nazionale non ben definita, noi non abbiamo influenza alcuna. Nulla da obiettare invece sul fatto che le aziende in parola ricevano dallo Stato mutui per un qualsivoglia ammontare, anzi; siamo però decisamente contrari a che noi, quale Regione, si debbano concedere contributi in conto interessi per mutui sul cui ammontare non abbiamo alcuna facoltà di decisione. Non avremmo avuto nulla da obiettare su questo disegno di legge — ciò va stabilito in tutta chiarezza — qualora la Regione avesse concesso contributi in conto interesse, nella fattispecie, avesse ridotto il tasso d'interesse solo su quei mutui il cui ammontare corrisponde all'effettiva entità dei danni subiti dalle aziende, nel qual caso — questo vorrei proprio sottolinearlo — non avremmo avuto nulla in contrario anche se calcolando la misura dei danni si fosse un poco largheggiato. Né nulla avremmo sicuramente avuto da obiettare qualora, calcolando gli effettivi danni relativi ad edifici, macchinari, depositi ecc., vi avessero incluso anche quelli derivanti dalle interruzioni di lavoro e relativo mancato introito. Ma dover sborsare il nostro denaro per mutui che, a piacimento, vengono concessi da Roma tramite il Mediocredito, non mi sembra che risponda proprio a criteri di equità.

Mi risulta inoltre — se le informazioni avute sono esatte — che nel settore dell'agricoltura vengono concessi contributi dallo Stato solo qualora l'inventario dei danni subiti dalle scorte morte o vive superino del 20% il valore globale dell'azienda. Figura dunque nella legge nazionale anche questa norma in base alla quale i danni devono essere di una determinata entità, non inferiore cioè al 20% del valore globale. Tuttavia questa norma, che a me sembra giusta, non è contenuta nel presente disegno di legge.

Noi membri della commissione, abbiamo, in merito a questo disegno di legge, creduto che si trattasse di una legge preposta all'eliminazione dei danni alluvionali subiti nei settori dell'industria, del commercio e dell'industria alberghiera, nel qual caso non avremmo certamente avuto nulla da obiettare in merito. Il signor Assessore però — e bisogna proprio riconoscere che si è espresso in tutta chiarezza — ha detto che il criterio adottato nell'applicazione del presente disegno di legge non si basa sul danno ma sull'investimento. A questo tende quindi il suo reale contenuto, a non basarsi cioè, nella concessione dei contributi, sui danni effettivi — in certi casi addirittura contributi in conto capitale — ma a concederli, in generale, secondo il criterio degli investimenti effettuati. E se questo rispecchia il concetto dello Stato nulla si può obiettare in merito; per la Regione tuttavia tale concetto non è facilmente adottabile, poiché, almeno per quanto mi sembra, essa non dispone di mezzi sufficienti per spendere in questo settore l'importo tanto rilevante di 3 miliardi di lire. Mi permetto, in tal connessione, ricordare che, onde non ci potesse venire mosso il rimprovero di ostilità nei confronti dell'industria, abbiamo espresso voto favorevole su gran numero di leggi, ed inoltre

che in questi ultimi anni — mi riferisco al 1965, 1966 ed al corrente 1967 — abbiamo già stanziato per l'incremento industriale oltre 5 miliardi di lire. E con il presente disegno di legge dovrebbero venire messi a disposizione 3 miliardi; con il disegno di legge n. 90 anche esso in trattazione, altri 3 miliardi e con il disegno di legge n. 96, in fase di imminente approvazione, ulteriori 3 miliardi. Perciò si dovrebbero stanziare quest'anno, per l'incremento e per l'eliminazione dei danni nell'industria un totale di 9 miliardi di lire. Complessivamente sono stati messi a disposizione, nella fattispecie si è in procinto di rendere disponibili solo per il 1965, 1966 e questi primi mesi del 1967, 14 miliardi di lire, di cui, in base al presente disegno di legge, una parte andrà sicuramente a favore delle aziende industriali ed alberghiere.

Ora, per quanto riguarda il turismo, questi importi mi sembrano piuttosto elevati, considerando poi che in un analogo arco di tempo avevamo messo a disposizione solo 1 miliardo e mezzo di lire; per il settore dell'agricoltura sono stati stanziati da noi un miliardo e 780 milioni e per quello dell'economia montana 645 milioni di lire. Io so, signor Assessore, che per realizzare qualcosa di veramente concreto e positivo nel settore industriale, necessita moltissimo denaro e non lo dico perché sono contrario allo stanziamento di questi importi per il suddetto settore. Ritengo che non ci si debba tuttavia dimenticare come anche altri rami dell'economia si dibattano in difficoltà ed abbisognino urgentemente di « iniezioni » da parte della Regione. Né dobbiamo dimenticare — e questo il collega de Carneri lo ha messo bene in evidenza nelle sue esposizioni — che abbiamo tuttora intere frazioni e zone di certe vallate ove, ad esempio, l'elettrificazione non è ancora giunta al punto da essere sufficiente per le esi-

genze dell'agricoltura; sappiamo altresì che nei settori dell'economia montana e della agricoltura vi sono ancora grosse carenze, per cui sarebbero necessari, in merito, forti investimenti. È ovvio che in Regione si dica: dove dovremmo tirarlo fuori il denaro, visto che non ne abbiamo? Dal canto mio penso solo che, volendo, si può in qualche modo sempre trovarlo il denaro da mettere a disposizione.

E concludendo signor Assessore, vorrei ribadire brevemente che noi non siamo contrari ai contributi in conto interesse, su mutui concernenti però effettivi danni alluvionali. Facciamo un esempio: Una azienda industriale, gravemente colpita dall'alluvione, ha denunciato un danno pari a 300 milioni di lire; credo che questa sia, nella nostra Regione, una delle imprese maggiormente danneggiate. Concedendo dunque, in base a questa legge, un contributo in conto capitale del 3%, l'imprenditore interessato riceverebbe, non solo un mutuo infruttifero ma anche 9 milioni all'anno dalla Regione, per un arco di tempo di 10 anni, quindi complessivi 90 milioni, e questo mentre, come già detto, il mutuo concesso sarebbe infruttifero. Certo, disponendo di sufficiente denaro, potremmo essere ancor più generosi. Non dimentichiamo comunque che neanche altri rami dell'economia, quale ad esempio l'agricoltura, godono o hanno goduto di un trattamento così generoso.

Noi siamo senz'altro favorevoli all'incentivazione industriale e siamo favorevoli altresì a che vengano concessi contributi agli imprenditori danneggiati, ma non concordiamo su questo disegno di legge che, allacciandosi alla legge statale, ci priva di qualsiasi influenza su quanto riguarda l'ammontare dei mutui concessi o da concedersi; non siamo d'accordo, ripeto, a meno che il signor Assessore non sia in

*grado di fornirci in merito informazioni più precise, o a meno che non vengano, su questo disegno di legge, presentati emendamenti nel senso da me illustrato. Restiamo pertanto in attesa delle esposizioni del signor Assessore, e ci regoleremo poi in conformità).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Signor Presidente, signori Colleghi, mi sembra che il disegno di legge presentato dall'assessore all'industria e adesso in discussione faccia perno su tre punti fondamentali.

Primo: si tratta di un innesto sul provvedimento governativo in materia alluvionale.

Secondo: questo disegno di legge non mira soltanto a risarcire il danno delle aziende colpite dalle alluvioni, ma mira a determinare la ripresa economica delle aziende stesse in senso generale, e v'è qualcosa di più, la ripresa economica di queste aziende la si vede come strumento per la ripresa economica generale nella nostra regione. Questo disegno di legge cioè ha delle ambizioni ben più vaste, non è un disegno di legge puramente risarcitorio, ma un disegno di legge di vera e propria incentivazione industriale di carattere generale. Ed è sulla base di questo concetto che si giustifica l'intervento finanziario, che è oltre il doppio del danno denunciato e rilevato a carico delle aziende.

Terzo: il disegno di legge mi sembra caratterizzato dal fatto che dei benefici relativi agli interventi finanziari vengano a beneficiare tutte le aziende, tutte le attività genericamente imprenditoriali, come vengono elencate nello art. 1: « l'amministrazione regionale è autorizzata a concedere a favore delle imprese industriali, commerciali, turistiche, alberghiere, esercizi pubblici, pescicoltura e così via ».

Io ho voluto indicare questi tre punti per motivare attorno ad essi il nostro giudizio negativo su questo disegno di legge. Giudizio negativo che si basa su una considerazione di fondo, e cioè questo disegno di legge non è idoneo a raggiungere i fini che si propone, quei fini di incentivazione generale, di rilancio generale dell'economia, e nasconde poi dei pericoli non trascurabili che bisogna fin dall'inizio vedere e denunciare. Noi riteniamo che il disegno di legge sia in grado di raggiungere un obiettivo, l'obiettivo per così dire più ravvicinato, quello di risarcire con eccessiva è forse ingiusta abbondanza le aziende che hanno subito dei danni, dico ingiusta abbondanza non perché noi non riteniamo opportuno e necessario che i danni vengano risarciti, che si diano idonei strumenti finanziari per il reintegro della consistenza aziendale così duramente colpita, ma riteniamo che su questa linea ci si debba muovere con i dovuti accorgimenti per non determinare squilibri o sperperi. Noi riteniamo, signor Assessore, che sarebbe stato comprensibile mettere a disposizione una somma rapportata all'ammontare dei danni, cioè un contributo regionale che non sia rapportato a una somma così vasta, che supera il doppio dei danni effettivi, per un intervento idoneo ed adeguato in questo settore. Mi sembra cioè che questa messa a disposizione di somme così ingenti, per così dire a briglia sciolta, non sia sufficientemente motivata, anzi non abbia una motivazione seria da un punto di vista di politica economica. È una parola d'ordine che adombra quella famosa lanciata dal Bucarin: arricchitevi, il danno viene a realizzare quasi, ad aprire la porta, può aprire la porta a sperperi e a ingiustizie, così come oggi è congegnata la legge. Il concetto fondamentale che la Giunta e l'assessorato hanno messo alla base di questo disegno

di legge è quello che la messa a disposizione di abbondanti, e direi in questo caso esorbitanti, mezzi finanziari a favore dell'impresa privata, delle aziende private, di per sé questa messa a disposizione sia idonea a sviluppare un adeguato flusso di investimenti destinati o negli impianti produttivi o nella rete distributiva, cioè messa a disposizione di mezzi finanziari equivale: potenziamento dell'azienda, ampliamento degli investimenti e, infine sviluppo economico generale. È questo lo schema logico, classico, che però nella realtà delle cose, e specialmente nella nostra regione, non ha fino ad ora dato prove entusiasmanti, anzi le prove sono abbondantemente deludenti. Noi non contestiamo che la messa a disposizione delle aziende private di idonei, ampli strumenti finanziari, determini un nuovo flusso di investimenti, determini in certi settori un rilancio dell'economia; quello che noi contestiamo è che questo flusso di investimenti, che questo rilancio dell'economia sia sempre adeguato e proporzionale alla massa di mezzi finanziari che vengono messi a disposizione del settore delle aziende. Cioè alla base dell'argomentazione della Giunta c'è un certo fideismo, c'è veramente un mito, questo mito della pioggia dello strumento finanziario che automaticamente si riflette, si rifrange, in sviluppo economico. S'è una fiducia, che è alquanto mistificata, nella illimitata buona fede dell'azienda privata, là dove le prove degli anni passati di utilizzazioni analoghe del finanziamento pubblico ci debbono lasciare alquanto guardinghi, perché né sul piano logico né sul piano economico c'è una correlazione tra messa a disposizione di strumenti finanziari e investimenti e sviluppo economico. E direi che, proprio a questo punto, c'è una carenza nel disegno di legge. La Regione mette a disposizione questi strumenti finanziari e nel contempo non

suggerisce, non si preoccupa di determinare poteri di intervento, di controllo, di indirizzo, in ordine a questi strumenti che mette a disposizione. Chi garantisce, non dico la Giunta, ma chi garantisce le popolazioni, che questa massa finanziaria, davvero ingente che viene messa a disposizione, venga indirizzata proprio là dove è interesse della Regione, e non soltanto dell'imprenditore privato venga investita? Il collega de Carneri venerdì scorso ha fatto delle osservazioni che ritengo pertinenti, delle critiche in merito a questo disegno di legge, e ha provocato le interruzioni dai banchi del P.S.U. Il ragionamento del collega de Carneri era questo: piuttosto di dare in questo modo del denaro nei settori aziendali, delle incentivazioni industriali, determiniamo investimenti nei settori delle infrastrutture, della difesa del suolo o nell'agricoltura. L'interruzione che è venuta dai banchi del P.S.U. è stata questa: ma la Regione dà già troppo al settore dell'agricoltura, e noi abbiamo sentito più volte lamentare l'assessore Albertini, in pubblico ed in privato, sul carattere verde della nostra regione. Io, signor assessore, sono d'accordo nella esigenza che il suo assessorato venga potenziato con nuovi strumenti finanziari, con nuovi strumenti di intervento nel settore industriale. Ma stiamo attenti a non confondere gli interventi nel settore delle aziende, nel settore industriale, con gli interventi agli industriali. Stiamo attenti a non confondere somme, denaro, investimenti a favore di un settore, con somme e denaro a favore di persone, come in questo disegno di legge a me sembra vi sia grave pericolo che si realizzi. Non si può dire: c'è un settore arretrato, c'è un settore duramente colpito, diamo i soldi, diamo abbondanti disponibilità finanziarie e con questo abbiamo risolto il problema o abbiamo fatto dei passi avanti. Questo è un

ragionamento che non calza. Per risolvere i problemi non si può soltanto mettere a disposizione strumenti finanziari, bisogna vedere come, in qual modo, con quali strumenti tecnico-giuridici si mettono a disposizione queste somme. E allora ripeto, siamo per il potenziamento del settore industriale e aziendale, siamo per il potenziamento degli investimenti, però vogliamo che questo potenziamento e che questi investimenti avvengano in un determinato modo. E noi, tanto per fare un esempio, riteniamo che un modo corretto, in linea di principio, di intervento nel settore del potenziamento industriale e aziendale, sia quello della acquisizione delle aree fabbricabili, uno dei tanti, ma non possiamo confondere uno strumento come questo con quello che ci viene prospettato in questo disegno di legge. Abbiamo discusso a lungo di questi problemi in sede di discussione di bilancio e, signor assessore, lei per primo si è giustamente lamentato sulla inadeguatezza degli strumenti finanziari che il suo assessorato ha a disposizione, per lanciare un piano coordinato, organico, generale, di acquisizione di aree destinate agli stabilimenti industriali. Ma è evidente, se c'è una distorsione di intervento in settori bisognosi, ma a cui si deve far fronte con altri strumenti, e se gli strumenti finanziari vengono investiti male, come viene fatto in questa legge, è evidente che per quella sua azione di carattere generale che lei prospettava, le somme che le rimangono sono più scarse e sono insufficienti. Voglio sottolineare con questo che non è soltanto una carenza oggettiva di mezzi finanziari che molte volte preclude alla Giunta una organica politica di potenziamento aziendale, ma che molte volte sono le scelte della Giunta, scelte sbagliate, che impediscono il lancio della economia, in modo organico e in modo produttivo.

Ma, dicevo che nella relazione l'assessore sottolinea il carattere di incentivazione generale di questo disegno di legge. Ebbene, mi sembra che tutti noi possiamo esser d'accordo sul fatto che l'incentivazione, il potenziamento produttivo del settore aziendale deve tener conto quanto meno di tre criteri. Un criterio quantitativo, relativo all'ammontare della massa dei mezzi finanziari che viene messa a disposizione delle aziende; un criterio qualitativo, relativo ai settori economici in cui si interviene; un criterio di localizzazione, cioè una politica di incentivazione richiede una scelta dei luoghi, delle località, dove determinare l'investimento o potenziare l'investimento, e mi sembra che su questo criterio siamo d'accordo. Ma allora, signor assessore, io non comprendo come si possa dare un significato, una portata di stimolo, di incentivazione generale, assumendo come criterio in questo disegno di legge quello del danno. Io ammetto, come dicevo prima, che si debba risarcire il danno, mettere adeguati strumenti finanziari a disposizione delle aziende colpite per la loro ricostruzione, per la loro rimessa in moto, per il loro reinserimento nell'economia regionale e del paese. Quello che non capisco e quello che non ha senso è il voler puntare su queste aziende indiscriminatamente per un rilancio generale. Qui c'è un distacco, e le faccio un esempio. Io ho tutto il rispetto per le aziende destinate alla piscicoltura, per le aziende alberghiere, per certe aziende commerciali, ecc. mettiamo a disposizione di queste aziende gli strumenti finanziari perché vengano rifatte. Ma come si fa a dire: diamo tanti strumenti finanziari a queste aziende, a tutte queste aziende che ne faranno domanda, perché così si avrà un'espansione delle aziende e dell'economia in generale? Questo non può esser vero, perché un criterio di sviluppo del-

l'economia anche a livello regionale richiede delle scelte quantitative, qualitative e di localizzazione, come dicevo prima. Non si può rimanere indifferenti di fronte a questi tre criteri, perché altrimenti si può avere un rigonfiamento di determinate attività, che io, ripeto, apprezzo, azienda di piscicoltura, azienda alberghiera e così via, che ai fini dello sviluppo generale dell'economia, dello sviluppo produttivo, hanno un valore limitato e un valore comunque inferiore a certi altri settori che vanno potenziati, che hanno un'impronta, una caratteristica strategica molto più solida e obiettivamente fondata. Questa è una contraddizione di questo disegno di legge. Questo disegno di legge mescola arbitrariamente, non soltanto — e sottolineo arbitrariamente —, non soltanto a fine di giustizia generale, ma proprio a fini di politica economica, mescola due criteri che vanno distinti e che sono oggettivamente distinti: il criterio del risarcimento dei danni e il criterio di incentivazione generale. Sono due cose distinte che vanno distinte, che vanno trattate distintamente, altrimenti il vostro gran parlare di programmazione, di coordinamento, di sviluppo di settori strategici, di settori punta che trainano gli altri, va a farsi benedire, a meno che, ripeto, al fondo della vostra argomentazione non ci sia quell'argomentazione davvero vieta e davvero da respingere per cui progresso economico generale, anche a livello regionale, si identifica con l'aumento del profitto dell'albergatore, del piscicoltore, dell'azienda metalmeccanica, della falegnameria, della segheria. Il che non può esser giusto, e penso che non sia giusto non soltanto per noi comunisti o per chi si ispira a una dottrina socialista, ma non può esser giusto neanche per voi. L'aumento del profitto, la ricostruzione aziendale, il potenziamento aziendale, fatto con de-

naro pubblico, ha senso se e in quanto si rifrange in benefici generali per la collettività. E, ripeto, l'assenza di ogni criterio di distinzione qualitativa soprattutto, relativa ai vari settori produttivi, impedisce radicalmente a questo disegno di legge di avere una efficacia generale per l'incentivazione aziendale e in generale benefica per la collettività della nostra regione. Questo è un punto, a me sembra, davvero incontestabile. Al di là di questa ragione di politica economica vera e propria, c'è anche una ragione di giustizia in senso più ampio. Qua veramente introducendo provvedimenti di questo tipo a favore delle aziende colpite, si creano delle distinzioni tra la popolazione in generale. Ci sono i cittadini di prima classe, che sono i titolari delle aziende; ci sono i cittadini di seconda classe, che sono i titolari delle piccole aziende. Perché quando lei ha risposto, signor assessore, al mio collega circa i benefici a favore dei piccoli imprenditori, io mi sono andato a vedere a pag. 5 la sua relazione. Quando si parla di una messa a disposizione di un plafond di circa 700 milioni per mutui a breve termine, al tasso del 5,50%, se si valuta effettivamente qual è . . .

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): (*Interrompe*).

GOUTHIER (P.C.I.): Va bene, io accetto la sua spiegazione, però qui è scritto così, questi benefici non sono poi tanto brillanti come . . .

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): (*Interrompe*).

GOUTHIER (P.C.I.): Sarebbe stato bene che lei lo avesse specificato, perché leggen-

do la sua relazione si comprende che i benefici a favore delle piccole aziende non erano poi tanto adeguati. Mi sembra poi di poter dire che nel settore di questi interventi di tipo alluvionale, la Giunta abbia dimostrato una carenza di fondi, cosicché adottando provvedimenti, quali questi suggeriti dal disegno di legge in esame, noi veramente rischiamo di costruire sull'argilla. Indipendentemente dal fatto se costruiamo bene o male, e, ripeto, noi pensiamo che costruiamo male, rischiamo di costruire sull'argilla, non soltanto metaforicamente, rischiamo di costruire castelli di carta, perché la politica di intervento della Giunta regionale nel grande tema dei provvedimenti anti alluvionali è stato ed è un intervento disorganico. Dicevo, noi rischiamo di costruire sull'argilla, di finanziare a vuoto, perché le infrastrutture o le strutture fondamentali della nostra regione, e in particolare quella basilare da un punto di vista naturale, naturalistico, materiale, il suolo, sono precarie. La politica della Giunta regionale è stata quella di accordarsi a quanto si faceva a Roma, al centro; Roma varava un certo tipo di provvedimenti anti alluvionali per l'intervento nel settore industriale, la Regione interviene alleviando il contributo interessi. Ma la situazione obiettiva della nostra regione, così sacrificata, così emarginata, così devastata quindi dalle alluvioni, richiedeva un esame in loco e provvedimenti in loco. Sono in loco, però sono aggiustamenti di una linea scelta altrove, questo è il discorso. È chiaro che sono provvedimenti che seguono la linea nazionale, che noi abbiamo giudicato e che giudichiamo sbagliata. Che rilancio produttivo, signor assessore, si può avere di queste stesse aziende che noi andiamo a beneficiare, un po' più grandi e un po' più piccole di prima dell'autunno scorso, che rilancio pro-

duttivo si può avere, che stabilità produttiva si può avere, che sicurezza si può avere per la popolazione, per i lavoratori, anche per gli stessi datori di lavoro, per gli imprenditori, se ancora oggi risulta che in gran parte il territorio della nostra regione è indifeso, è scarsamente difeso contro gli effetti di eventuali catastrofi, che scongiuriamo avvengano? Questo è il rischio fondamentale, ripeto, di costruire in mancanza di una visione organica e generale, di una analisi locale, precisa, delle priorità dei bisogni. Noi rischiamo gravemente di costruire a vuoto, di costruire a vuoto con 3 miliardi in meno di prima. E anche qui la critica di fondo che noi dobbiamo fare a questo disegno di legge è che esso quindi, in sostanza, riflette quella vieta distinzione tra redditività aziendale e redditività del sistema economico nel suo complesso. Lo sviluppo economico si identifica, l'aumento del reddito si identifica al potenziamento del benessere a livello locale, con la redditività, con l'aumento del profitto delle aziende che si vogliono investire con così munifiche elargizioni finanziarie. Il che non è vero, il che non è sostenibile. E ho visto con piacere, nella relazione della commissione che ha esaminato questo disegno di legge, il rilievo giusto di mancanza di autonomia nella elaborazione di questo disegno di legge, la rivendicazione giusta che sarebbe stato assai meglio, assai più opportuno predisporre un disegno di legge disancorato da quelli che erano i provvedimenti governativi, più aderente e più adeguato a una analisi e agli effettivi bisogni di livello locale. Io intendo sottolineare questa mancanza di autonomia, non soltanto come fatto formale, non soltanto per denunciare questa incapacità della Giunta e dell'assessorato di assumere scelte autonome a livello locale, ma come fatto sostanziale, perché la Giunta cioè intervenendo

sul provvedimento governativo ha aggravato quella tendenza sbagliata che si è manifestata a livello nazionale per far fronte ai drammatici eventi che hanno colpito il paese, in particolare la nostra regione.

Signor assessore, si parla tanto anche dai banchi della Giunta di programmazione, di programmazione che richiede scelte quantitative, qualitative, di localizzazione. Ora è indubbio che il superdecreto e questi provvedimenti governativi non tengono conto di queste esigenze; sono superdecreti di carattere contingente che urtano però contro ogni criterio organico, di rilancio sistematico e coordinato della nostra economia. Ebbene, noi che siamo una di quelle tali regioni emarginate, che abbiamo bisogno effettivo e reale della programmazione, non come vuota parola, ma come applicazione razionale di un sistema di intervento economico, che abbia al fondo l'esigenza primaria della difesa e dello sviluppo dell'interesse collettivo, che abbiamo la necessità assoluta che si sviluppi un'attività aziendale, non pur che sia, in qualsivoglia settore, ma in determinati settori, che abbiano la forza di spingere verso il progresso e in particolar modo verso l'occupazione, ebbene, compito primario della Giunta non era quello di accodarsi a provvedimenti di questo tipo, ma era quello di aver la forza di contestare, di premere verso il governo, di dire: guardate, con questi provvedimenti, noi facciamo poco o facciamo nulla, perché andando avanti in questo modo noi continueremo a spendere e spendere centinaia di milioni per incentivare, ma il nostro suolo e le nostre popolazioni rimarranno sempre esposte ai pericoli gravissimi delle intemperie e delle alluvioni, la nostra economia, dopo che noi avremmo elargito centinaia e centinaia di milioni, rimarrà a un livello precario, a un livel-

lo gracile, a un livello incapace di garantire uno sviluppo equilibrato ed organico. È per questo, signor assessore, che noi riteniamo che la richiesta avanzata dalla commissione legislativa di istituire una commissione analoga a quella approvata dal Consiglio sul disegno precedentemente da noi discusso, sia in questo caso non soltanto opportuna, ma assolutamente necessaria; necessaria per evitare o quanto meno per vedere se non evitare, abusi, sperperi, facilitazioni a chi non se le merita. Abbiamo il diritto tutti noi, di fronte a uno stanziamento così cospicuo, che impegna in modo non trascurabile le finanze della Regione, di vederci chiaro. E non è che questa mia richiesta sia in contraddizione con la critica che noi facciamo al disegno di legge; con questa richiesta noi vogliamo che l'applicazione di questo disegno di legge non si risolva soltanto unicamente in indiscriminati ammannimenti finanziari, perché si corre il rischio, ripeto, di favorire chi non ha bisogno o ha bisogno soltanto in parte. Noi non vogliamo che si instauri attorno a questo disegno di legge una girandola di centinaia di milioni; è interesse di tutti noi, è interesse soprattutto delle popolazioni che questo disegno di legge, se verrà approvato, se verrà approvato nel modo come è stato presentato, produca effetti il più equilibrati possibili, non produca o eviti ingiustizie, non sottolinei ancora più quella distinzione fra cittadini di prima classe e cittadini di seconda classe di cui prima parlavo, perché sarebbe, ripeto, ingiusto che determinati settori della vita produttiva beneficiassero, anche non correttamente di questa legge, là dove sulla grande massa della popolazione si trova che molti hanno perso tutto, molti non hanno assolutamente niente, hanno soltanto il torto di non essere titolari di aziende, là dove, ripeto, questa massa di gente si trova

e si troverà ancora in uno stato di grave indigenza che non è accettabile e che è ingiusta. Ripeto quindi che la nostra richiesta di fare questa commissione ci sembra assai urgente e molto più importante, sottolineo questo, della commissione approvata per il precedente disegno di legge.

Comunque, attendiamo dalla discussione ulteriori chiarimenti da parte del signor assessore, mi sembra però che la linea di fondo di questo disegno di legge sia una linea, ripeto, pericolosa, oltre che insufficiente.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Malignoni.

**MOLIGNONI (P.S.U.):** Signor Presidente, mi pare a questo punto doveroso per noi, gruppo del P.S.U., che io prenda la parola su questo tema, che mi pare sia in certo qual modo appassionante, data la gravità della situazione che si è venuta verificando. Potrebbe sembrare quasi superfluo rilevare come la gravissima alluvione dei primi giorni di novembre dell'anno scorso, abbia colpito gravemente i settori produttivi regionali, e direi, perché questa è la realtà, in modo più accentuato quelli della zona trentina e delle valli minori del Trentino, però ha colpito anche, se pure in misura inferiore rispetto a questi, quelli dell'Alto Adige, provocando evidentemente distruzione di ricchezze, che io penso sinceramente sarà assai difficile ricostituire così, in un lasso breve di tempo. Io mi auguro che questo possa essere fatto al più presto, ma è evidente che dobbiamo metterci di fronte alla situazione reale e valutarla in tutta la sua ampiezza, in tutta la sua portata, e non dobbiamo lasciarci prendere da facili illusioni. Direi che in particolare il settore dell'industria che, è stato detto da

altri e lo ripeto anch'io, è sempre stato uno dei meno capaci nella nostra regione capaci di corrispondere a quelle che sono le impellenti richieste di occupazione di manodopera, quella manodopera che forzatamente si è dovuta e si deve costantemente trasferire dal settore dell'agricoltura e delle attività minori, anche di quella a carattere artigianale, che non sono più assolutamente in grado di offrire possibilità di reddito decoroso e adeguato ai tempi, a chi ad esse si dedica, il settore quindi dell'industria è stato indubbiamente uno dei più colpiti, per non dire addirittura il più colpito. Sappiamo benissimo dalle relazioni della Giunta e dell'assessorato competente che l'alluvione ha provocato una distruzione enorme delle scorte esistenti presso i vari stabilimenti colpiti, ha provocato la chiusura di questi stessi stabilimenti per periodi variabili, ma sempre consistenti e notevoli, da una a 10 settimane, e per alcuni stabilimenti, pochi per fortuna, addirittura per alcuni mesi di seguito, e poi ancora l'avaria di notevole parte dei macchinari, nonché i danni derivanti da questa situazione e che difficilmente, io penso, siano valutabili e possano essere realmente valutati, perché si riferiscono alla perdita della clientela e al maggior giro d'affari, conseguente all'impossibilità di consegnare i prodotti dentro i termini previsti dai contratti di fornitura. È nel complesso quindi un danno multiforme e che ripeto, difficilmente può essere così, con certezza, individuato. Ora, tutti questi elementi hanno giustificato, ampiamente giustificato direi, l'adozione da parte dello Stato del decreto legge 18 novembre '66, n. 976, e poi, subito dopo, successivamente, la legge di conversione del 23.12.1966, n. 1142, provvedimenti che hanno previsto la concessione di mutui alle aziende danneggiate per un periodo di 10 anni al tasso del 3%.

Io penso che a questo punto, fatto un quadro generale della situazione, si debba aggiungere e sottolineare come la situazione regionale, situazione che più volte è stata inquadrata anche in quest'aula, di stasi nell'industria che si è verificata nella nostra regione nel decennio 1951-61, a cui poi è seguito, come tutti sanno, il periodo di congiuntura sfavorevole e la concomitante fase di maggiore lotta concorrenziale da parte delle industrie dei paesi del MEC, hanno evidentemente trovato in questa circostanza e in questo momento le imprese che operano nella nostra regione in una situazione di grave sfavore, direi di particolare grave sfavore. È per questo, mi pare, e penso dicendo questo di interpretare il pensiero della maggioranza e della Giunta, che l'amministrazione regionale si è trovata di fronte alle richieste degli operatori, che erano stati colpiti nei loro programmi, nei loro beni strumentali, e che hanno chiesto una particolare considerazione perché l'onere dei finanziamenti previsto dalle disposizioni statali venisse ancora più alleggerito, in modo da poter superare facilmente la fase sfavorevole che abbiamo illustrata poc'anzi. Bisogna aggiungere che, accanto a queste richieste, a queste istanze, ci sono state anche notevolissime e considerevolissime pressioni da parte delle organizzazioni sindacali, che rappresentano gli addetti alle industrie colpite, affinché appunto l'amministrazione regionale volesse prendere in particolare considerazione le esigenze delle industrie medesime e assicurasse ad esse così la possibilità di occupazione di manodopera e nel contempo di maggiore sviluppo ai complessi aziendali stessi. Bisogna, mi pare ancora, riconoscere, che la distruzione totale o parziale di alcuni stabilimenti ha posto veramente i titolari di questi stabilimenti di fronte a un dilemma

drammatico: o abbandonare definitivamente la loro attività, lasciando evidentemente, come conseguenza prima e di incalcolabile portata, sulla strada le maestranze che già erano occupate in quella azienda che già operavano, o che erano comunque in via di occupazione al momento dell'evento disastroso, o riprendere le iniziative così duramente colpite, chiedendo però evidentemente un intervento all'amministrazione regionale, tale da costituire almeno una parziale rifusione dei danni subiti. Nella relazione dell'assessore sono stati portati degli esempi, e non è il caso che io adesso faccia una casistica, mi soffermi sulla Baeur Foradori, sulla Saturnia, sulla segheria della Val d'Ega, perché, ripeto, sono già stati illustrati nella relazione che accompagna la legge che è in discussione in questo momento. Allora, di fronte a questa situazione, l'amministrazione regionale ha creduto di poter corrispondere alle aspettative, e dopo quell'ampia e serena disanima che è stata fatta in sede di commissione legislativa, ha determinato di disporre il rifinanziamento della legge 21 del 28.11.1966, che, come sappiamo, prevede la possibilità di concessione di concorsi costanti sull'ammontare iniziale del mutuo fino al 6%, ben inteso che i mezzi a disposizione e il numero notevole delle aziende colpite e l'entità dei mutui dalle stesse ormai accesi presso il Mediocredito centrale, tramite gli istituti di mediocredito autorizzati, sono tali da limitare notevolmente la possibilità di riduzione degli oneri conseguenti alle operazioni in corso. Infatti, noi sappiamo perché ce lo ha detto chiaramente l'assessore competente, che, ammontando i mutui a circa 23 miliardi, occorrerebbero circa 230 milioni solo per ridurre ad 1 e mezzo il tasso precedentemente stabilito nella misura del 3% dalle disposizioni statali che prima ho ricordato,

ancora occorrerebbero circa altri 80-90-100 milioni per accogliere le istanze delle industrie distrutte. Del resto queste cifre ci danno appunto anche un quadro dell'entità dei danni subiti e della situazione creatasi. Io quindi credo di poter prevedere, secondo logica, che la Giunta regionale e le Giunte provinciali, — perché non dimentichiamo che le Giunte provinciali ai sensi della legge 21 debbono esprimere nel merito il proprio parere vincolante, dico vincolante —, dovranno fare una valutazione in modo da graduare gli interventi secondo le disponibilità offerte dal bilancio.

I criteri, signori. Qui abbiamo sentito parlare di questi criteri, di non essere d'accordo, ecc., ma sinceramente a noi pare che i criteri da adottare in tale valutazione non possano essere che quelli della valutazione, la più obiettiva, la più serena, la più giusta possibile, dell'entità dei danni subiti, dal periodo di cessazione di attività dell'azienda e della manodopera occupata, fattore questo importantissimo, e delle possibilità di sviluppo e di ripristino che, in seguito all'operazione di mutuo che sarà effettuata, si presentano alle aziende. Io in verità altri criteri non saprei dove andare a cercarli, non saprei dove individuarli. Mi pare che valga la pena di ricordare del resto che la legge statale 1142 ha inserito non solo il concetto del ripristino del bene distrutto, ma anche un criterio direi industrialmente più importante e più evoluto, se così si può dire, più ampio comunque nella sua portata, della ripresa dell'attività economica in generale. Mi pare che questo debba essere considerato un concetto fondamentale, perché la ripresa dell'attività economica, che può essere valutata dalle analisi che gli istituti bancari hanno effettuato in sede di istruttoria per la concessione dei mutui, dà evidentemente, dà e deve

dare una certa garanzia anche per quanto concerne l'occupazione della manodopera addetta alle aziende stesse, e in definitiva poi una garanzia per quanto concerne un'opera di pianificazione del settore industriale della regione che, come tutti sappiamo, come tutti riconosciamo ad ogni piè sospinto, ha bisogno per poter operare della massima comprensione da parte della pubblica amministrazione, quella comprensione forse che per il passato non c'è stata o è stata soltanto parziale rispetto ad altri settori, ad altri campi, e che è assolutamente indispensabile creare.

Quindi, concludendo il mio breve intervento, mi pare di poter dire che si può veramente sostenere che il provvedimento ha lo scopo di dare un ulteriore avvio al settore secondario, e di riproporre, partendo dalle circostanze drammatiche che abbiamo poc'anzi illustrato, riproporre il problema, grave direi della trasformazione in senso industriale del territorio regionale. Mi pare che, anche se questo soltanto fosse lo scopo del progetto di legge, esso sia tale da non lasciare dubbi sulla sua validità e quindi da porre a noi l'accettazione del provvedimento di legge e di favorirne il suo passaggio. Ed è proprio sotto questo profilo che, ripeto, a noi sembra che non si possa non considerare positivo, anche se come tutte le cose umane suscettibile di critiche e di qualche appunto, ma non si possa non considerare positivo l'intervento previsto dalla legge che stiamo discutendo, ragione per cui noi voteremo certamente a favore del progetto di legge stesso.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Corsini.

**CORSINI (P.L.I.):** Dalla relazione della commissione competente che ha esaminato que-

sto disegno di legge e dalla lettura dei verbali delle discussioni svoltesi in commissione stessa, emerge anche qui una osservazione che è comune con quelle che sono state fatte a proposito del disegno di legge approvato la settimana scorsa, quello di intervento per le aziende commerciali colpite dalle alluvioni. Emerge cioè la osservazione che il disegno di legge, e per il congegno interno, e perché non presenta un articolo che costituisca una commissione consultiva, non corrisponderebbe a quegli impegni che la Giunta è venuta prendendo nel corso delle discussioni che i primi giorni di novembre, dopo le alluvioni, sono intervenute tra l'organo esecutivo e il collegio dei capigruppo. Mi piace rilevare, perché non sembri che siamo sempre noi, come è stato detto giorni fa, a cercare motivi di rimprovero o motivi di opposizione, mi piace far osservare che questo malcontento, questa osservazione questa volta non proviene soltanto dal gruppo liberale, ma, come risulta da verbali, proviene anche dal P.S.U. e dal gruppo della S.V.P. Evidentemente ancora una volta perciò ci troviamo di fronte a un disegno di legge che è diverso, almeno in alcune parti essenziali, a nostro avviso, da quello che era stato ipotizzato in quelle riunioni.

Io incomincerò con l'esprimere tuttavia alcune valutazioni positive in ordine a questo disegno di legge, e verrò rispondendo, esprimendo quello che è il nostro parere, agli interventi che abbiamo sentito anche questa mattina da parte di altri gruppi, cioè quelle osservazioni di meraviglia e osservazioni negative, perché in sostanza qui la Regione verrebbe a ulteriormente abbattere il tasso di interesse del 3 per cento, così come previsto dalla legge 1142. Io ritengo invece che non si debba essere contrari a questa ulteriore facilitazione che la Re-

gione con questo disegno di legge si appresta a fare al settore industriale e segnatamente alle aziende colpite dalle alluvioni. Ritengo che non si debba essere contrari innanzitutto perché bisogna tradurre in pratica e bisogna tradurre in motivi operativi quella osservazione che ogni volta in cui si parla dell'industria si sente da tutti quanti i settori, e cioè che l'industria è il campo più abbisognevole, che presenta le maggiori necessità di sviluppo, di sollecitazione, e anche di mantenimento della situazione, non ottimale tuttavia, che ha raggiunto.

In secondo luogo sembra a noi di dover far osservare che è la stessa legge statale 1142 che prevede non soltanto il contributo dello Stato per quanto concerne i ripristino delle opere e dei macchinari o delle scorte perdute sotto l'alluvione, ma che uno dei concetti fondamentali del decreto, tramutato poi in legge, è quello che i mutui possano essere concessi a quel tasso di interesse agevolato del 3%, non soltanto per il rifacimento, per la restitutio in pristinum dello stato che avevano le aziende precedentemente ai fatti alluvionali, ma per il potenziamento delle aziende stesse, là dove gli operatori ritengano utile e possibile anche questo successivo intervento e questo successivo disegno. La cosa mi pare che abbia anche una propria logicità, perché nel momento in cui qualche cosa è andato distrutto, attraverso un fatto catastrofico che proviene dall'esterno, potrebbe essere una stupida miopia quella di voler ricostruire o restituire le cose così come erano precedentemente, quando nel momento in cui si può rifare qualche cosa, che è andato distrutto per cause di forza maggiore, si possa rifare o variandolo o addirittura potenziandolo, tanto da poter raggiungere quella che è la finalità ottimale, di far sì che l'industria così ricostruita o così nuovamente fornita di mac-

chinari e via dicendo, possa avere anche uno stato e una condizione migliore di quella che aveva precedentemente. Vorrei dire che se c'è qualche cosa di pregevole in questa forma di intervento dello Stato e in questa forma sussidiaria di intervento della Regione, è proprio questo riconoscimento della possibilità di aiutare le nostre industrie, le nostre aziende industriali, a raggiungere uno stato anche di organizzazione interna, di attrezzature interne, di miglioramento anche tecnologico, se si dà il caso, migliore di quello in cui si trovavano precedentemente. Ora io penso che si possa giustificare la cosa in questo modo, questo per rispondere ai colleghi della S.V.P. Il potenziamento di un'industria può essere trovato attraverso due mezzi, che non si escludono l'uno con l'altro, e che anzi, nel momento in cui si assommano, raggiungono più facilmente la finalità alla quale si mira. Questi due mezzi sono dati: primo, dalla concessione di crediti che siano anche maggiori rispetto a quelli necessari per rifare le opere con i macchinari e le attrezzature distrutte dalle alluvioni, e in secondo luogo far sì che questi crediti e questi mutui così assunti possano avere un posto minore.

Questi sono due elementi che, quando siano uniti e concorrano ambedue, veramente creano le condizioni migliori per poter ottenere il potenziamento e lo sviluppo delle singole industrie e complessivamente del settore industriale.

C'è anche da osservare, a nostro avviso, che per quanto noi facciamo, sia con l'ammettere la concessione di mutui in un volume maggiore rispetto a quelle che sono state le perdite subite attraverso i fatti alluvionali, sia attraverso l'abbattimento del tasso di interesse, noi facciamo ancora qualche cosa che resta mol-

to al di sotto di quanto le industrie della nostra Regione hanno perduto, poiché si sono viste diminuire di fatto quelle agevolazioni sulle quali avevano posto la speranza e la fiducia, nel momento in cui avevano scelto questa nostra terra invece che altre zone in cui insediarsi. È un concetto che ho espresso altre volte, ma non dimentichiamoci che la maggior parte delle industrie che sono arrivate qui o la maggior parte delle industrie che hanno sviluppato i loro impianti, hanno avuto la fiducia di quella che era la situazione di agevolazione nel momento in cui esse facevano questa scelta, quando non esisteva la questione della cedolare secca, e perciò le azioni al portatore avevano quel valore che avevano, effettivamente, quando c'era la possibilità di una politica dell'energia elettrica che oggi non esiste più, per cui in sostanza noi abbiamo visto l'afflusso di nuove industrie o lo sviluppo di quelle già esistenti in una condizione di agevolazioni che poi è venuta diminuendo; e pertanto io non sento di scandalizzarmi se, cogliendo questo momento questa triste occasione delle alluvioni, noi facciamo un provvedimento di legge che va forse anche al di là di quello che è il puro e semplice concorso per il ripristino delle opere e che presenta qualche effettiva agevolazione per tutto il settore industriale.

La osservazione, che potrebbe essere così, da un punto di vista teorico, esatta, che eventualmente bisognava fare una distinzione tra il momento di intervento per agevolare la ripresa delle industrie colpite dalle alluvioni e un altro intervento completamente a parte per sollecitare lo sviluppo del settore industriale, è una osservazione che sul piano teorico può anche avere il suo valore, ma niente toglie che, promuovendo uno di questi interven-

ti, si possa contemporaneamente anche raggiungere l'altra e seconda finalità.

Questi sono, a nostro avviso, gli aspetti positivi di questo disegno di legge, ma non possiamo non rilevare anche qualche aspetto negativo, e uno, a nostro avviso, è un aspetto di fondo, ed è questo: che in sostanza la Regione ha ben rinunciato a un provvedimento proprio, che avrebbe potuto essere più giustamente commisurato alla realtà e alla necessità locale nostra, infatti questo provvedimento si accoda in sostanza a quello che è il provvedimento governativo. Si accoda a quello, noi non facciamo altro che stanziare questi 3.000 miliardi in modo da poter passare dal 3% di interesse all'1,5% di interesse per quelli che sono i mutui che sono stati ottenuti sulla legge dello Stato, sulla 1142. Questo forse, a nostro avviso, è il motivo per cui non vediamo in questo disegno di legge . . .

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Ci accodiamo al Mediocredito, non allo Stato!

CORSINI (P.L.I.): Sì, è la stessa cosa insomma, perché il Mediocredito opera poi sulla legge dello Stato, per cui non v'è altro che inserire un tertium, ma i due termini del processo sono uguali. Abbiamo rinunciato a elaborare un nostro intervento autonomo, e ci siamo, a nostro avviso, accodati a quello che è l'azione del Mediocredito, che si appoggia poi a sua volta a quelle che sono le norme della legge statale. E così mi spiego il perché nessuna, dico nessuna di quelle proposte che noi avevamo fatto in sede di riunione di capigruppo e di Giunta, vedo qui presenti e accolte in questo disegno di legge. A mio avviso, non è soltanto per una questione di prestigio che rilevo questo, ma

semplicemente perché a me questa mancanza pare costituisca qualche punto di critica e di imperfezione del disegno di legge stesso. Per esempio noi avevamo richiesto che i danni subiti dall'alluvione del 1965 fossero uguagliati a quelli del 1966, qui l'assessore ha dato una risposta che è valida: la legge ha operato poco, perché forse c'erano minori richieste. Va bene, questo siamo anche disposti ad ammettere che potesse essere tralasciato. Ma invece l'altro principio fondamentale che avevamo richiesto fosse introdotto nel disegno di legge era quello della completa equiparazione dell'intervento della Regione a favore dell'una o dell'altra categoria: costa l'1,50% all'industria, deve costare l'1,50% al commercio o via dicendo. E non è così, è così soltanto astrattamente, perché nel momento in cui si inserisce — altro punto che noi avevamo fatto presente — la discrezionalità nella concessione del concorso da parte della Regione, — e qui in questo disegno di legge ancora una volta si dice « fino al 6% », lasciando supporre, come di fatto è, che la Giunta poi delibererà ad uno di concedere l'1%, all'altro il 2, all'altro il 2 e mezzo, all'altro il 3 e via dicendo —, ne viene non solo una disparità tra gli interessati dello stesso settore, ma anche una disparità fra un settore ed un altro settore. Se non è così sarò ben lieto di apprendere nella risposta dal signor Assessore, come ci sia questo altro contegno.

Io vedo l'art. 1, signor assessore, e per quante cose lei dica io vedo quello che c'è scritto: « L'amministrazione regionale è autorizzata a concedere a favore delle imprese industriali, commerciali ecc. ecc. un concorso annuo costante postecipato fino al 6% ». Ora io questo l'avevo fatto osservare, leggo dal verbale dell'ultima seduta che è stata tenuta. Usciamo una volta per sempre da questa discrezionalità,

che non è gradita neanche agli stessi operatori e che poi dà luogo inevitabilmente a quei dubbi che ha espresso un momento fa il collega Gouthier, cioè che nel manovrare fino al 6% la Giunta operi con una scelta che sì, potrà anche essere motivata da situazioni obiettive, tecniche e finanziarie e via dicendo, ma potrebbe anche essere conseguente a criteri che noi non possiamo assolutamente ammettere. La discrezionalità ci sembra che debba essere tolta nel massimo possibile.

Una quarta richiesta era quella riguardante le scorte, volevamo fossero comprese nei danni da ammettersi anche le scorte fino allo 80%, ma la osservazione di fondo, che io capisco bene che non potè essere accolta, proprio perché la Giunta non volle elaborare un provvedimento proprio, di propria iniziativa, ma, ripeto, si accodò semplicemente a quello che è il provvedimento dello Stato, era quello di passare dai 10 ai 15 anni di finanziamento. Con questo disegno di legge non possiamo farlo. Guardi, signor assessore, che lei stesso mi aveva risposto che aveva intrattenuto il Mediocredito e che il Mediocredito non aveva opposto obiezioni di massima, e che fino ai 12 anni lei lo dava per scontato che si poteva arrivare. Ora dico, se noi riconosciamo che questo settore dell'industria è stato così gravemente colpito dalle alluvioni, uno dei mezzi per aiutare il settore stesso, oltre a quello della concessione dei mutui in quel volume che tenesse conto anche dello sviluppo e del potenziamento delle industrie stesse, oltre a quello dell'abbattimento del tasso di interesse, poteva essere, nessuno lo può negare, la concessione di mutui e di concorso nel pagamento di interessi che andasse fino al quindicesimo anno invece che fino al decimo anno di ammortamento. Questo a nostro avviso era uno degli interventi e degli

strumenti che avrebbe potuto essere indubbiamente ritenuto di maggiore efficacia, e neanche questo vediamo nel disegno di legge, proprio per il motivo che questa legge ha finito per limitarsi ad un unico tipo di intervento: noi paghiamo la differenza fra il 3 e l'1 e mezzo e tutto il resto è fatto da altri, noi accettiamo una situazione così come è stata preconstituita da altri. Lei stesso mi diceva allora che per quanto riguarda i piani di finanziamenti si dovrà arrivare a 12 anni almeno per quanto riguarda il Mediocredito, che si è già dichiarato d'accordo, queste erano le sue dichiarazioni di allora. Ora anche 2 anni in più non sono pochi, se poi si avesse messo in atto questo congegno unito con quello della postecipazione delle tre rate, di fatto, in sostanza, eravamo molto vicini ai quindici anni, come in qualche altro caso è stato fatto.

Per noi questo perciò è uno degli aspetti di insoddisfazione, che deriva proprio fondamentalmente dal fatto che non abbiamo avuto una iniziativa nostra, autonoma, originale, come si sarebbe potuto cercare ed attuare.

Nonostante ciò non ci sentiamo di ostacolare l'iter e l'approvazione di questo disegno di legge, non ci sentiamo di farlo perché, pur avendo sollevato queste critiche, dobbiamo riconoscere che l'intervento è massiccio, ha un volume notevole e indubbiamente interviene in un modo efficace, non tanto come avrebbe potuto, ma in un modo efficace nel settore industriale. E poi lo dovremo fare se non altro per un certo atto di equità, perché l'altro giorno abbiamo approvato un altro intervento a favore della categoria dei commercianti, e dobbiamo farlo anche per la categoria degli industriali, ai quali pure devono essere riconosciuti quei meriti che sono stati riconosciuti ai commercianti. Anche il settore dell'industria si è rapidamente ripreso dopo le alluvioni, e anzi, di-

remo così, che nella realtà poi ha dato modo di constatare come con la attività e iniziativa immediata si sia potuto evitare anche danni maggiori che potevano essere a carico direttamente delle maestranze operaie e dei dipendenti dalle industrie. Tuttavia dobbiamo anche noi insistere, — ormai del resto la cosa è stata proposta dalla commissione legislativa, la richiesta è venuta un poco da tutti i banchi —, dobbiamo insistere perché anche in questo disegno di legge si inserisca questa commissione consultiva. Dobbiamo insistere, innanzitutto perché ci troveremmo in contraddizione con noi stessi, avendo rimproverato la Giunta perché non voleva mantenere gli impegni presi per un determinato intervento, oggi lasciassimo cadere la stessa osservazione e la stessa richiesta per un altro settore. E poi per un altro motivo ancora, e cioè perché se, per la legge del commercio è stato detto che la commissione rischia di essere inutile e poi all'ultimo momento abbiamo visto che proprio inutile non lo è, per questa legge che ancora amministrata non è, la commissione ha una propria validità e una propria importanza. E in terzo luogo proprio perché è presente quella discrezionalità alla quale accennavo prima, che può far sorgere quei dubbi messi in rilievo dal collega Gouthier, e che la commissione può essere in grado di togliere o di non lasciare venire alla superficie.

Ecco queste le poche cose che dovevamo dire; per il resto, pensando di non dover intervenire ulteriormente, posso, sempre con la pregiudiziale della istituzione della commissione, posso annunciare il voto favorevole del gruppo liberale.

Per quanto concerne, ultima annotazione, la composizione della commissione, io non credo, signor assessore, che una commissione così convenga alle cose, non a lei, che convenga a

questa situazione una commissione così composta e complessa come quella che è stata fatta per gli interventi per le aziende commerciali. Se sarà presentato dalla Giunta un emendamento o se sarà presentato da altri gruppi, vorrei dire fin da adesso che, come l'ho detto per le aziende commerciali, la materia è estremamente delicata, perché si tratta di andare a mettere gli occhi in casa altrui e in fatti che sono interni alla vita delle singole aziende, valutazioni e via dicendo. Per cui io credo che una commissione ristretta, mantenuta soltanto sul piano consiliare, con la presenza dell'assessore, che la presieda, o che sia presieduta dal Presidente della Giunta, questo non ha nessuna importanza, con la presenza dell'assessore e i funzionari del suo assessorato, sia sufficiente e dia la garanzia che quell'esame di merito che si dovrà fare per ogni posizione sia mantenuto in una riservatezza che deve essere assolutamente conservata per cose e per problemi di questa natura. Io credo che sarà la Giunta stessa a proporre la composizione di questa commissione e mi augurerei che seguisse questi criteri.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Signor Presidente, signori consiglieri, questo disegno di legge, a quanto sembra, va annoverato fra i tanti provvedimenti che servono ad incentivare la industrializzazione e l'occupazione della nostra regione. Per questa sola ragione noi ci dichiariamo già fin d'ora favorevoli in linea di massima al disegno di legge stesso. Tuttavia ci permettiamo fare alcune osservazioni di vario carattere, di carattere costituzionale, di merito e di forma. Innanzitutto riteniamo che con il presente disegno di legge si sia permessa un'altra

volta una certa violazione dello statuto di autonomia per il bene della categoria, si dice, per il bene dell'economia, per il bene di tutti. Ma, signori, non penso che si possa accettare una simile giustificazione, quando si tratta di violazioni fondamentali dello statuto stesso. Non è un caso sporadico, non è la prima volta, e proprio per questo bisognerebbe a un certo momento dire che la Regione ponga un freno a queste manovre, che non sono delle manovre fatte ad arte, che non sono delle manovre fatte a ragion veduta, ma sono dei fatti che vengono a menomare quella che è la nostra potestà primaria in fatto di industrie, in fatto di economia industriale, la facoltà primaria autonoma della nostra Regione. Questa è la più rilevante, la più pesante osservazione che noi dobbiamo muovere al disegno di legge, sotto un profilo istituzionale, sotto un profilo della garanzia della nostra autonomia.

Accodarsi, come diceva il cons. Corsini, a una legge dello Stato ha significato quello che ho già detto, e ha significato nel merito e nella sostanza anche il travisamento di quelle che sono le nostre impostazioni, travisamento di quella che è la realtà nel settore della nostra economia, nel settore dell'industria. Lo Stato ha ritenuto abbattere il tasso di interesse fino a una determinata quota e certamente avrà avuto le sue buone ragioni ad arrivare a un determinato livello di beneficio a favore delle industrie danneggiate dalle alluvioni, è arrivato fino al 3%. La Regione accettando, come già è stato chiarito da altri che mi hanno preceduto, accettando quella che è la valutazione, l'importanza, la convenienza economica per l'intervento, la consistenza dei danni subiti ecc., fatti questi valutati da uffici e da amministrazioni che non sono la nostra, ha aggiunto un altro beneficio, un'altra provvidenza, un altro aiuto,

senza rendersi conto dove arriva questo aiuto, questo ulteriore abbattimento del costo del capitale del mutuo. Facciamo un'ipotesi, non riferita ad una singola azienda, ma un'ipotesi di valore generale. Le aziende danneggiate dalle alluvioni, che denunciano un determinato danno, possono, come già è stato detto, fruire di un mutuo molto superiore a quelli che sono i danni subiti, a quella che è la consistenza del danno subito. Le aziende non danneggiate possono essere, anche qualitativamente nel settore in cui operano, concorrenti delle aziende danneggiate, concorrenti sul piano commerciale, sul piano industriale-commerciale. Noi creiamo in questo caso certissimamente una discriminazione, un'ingiustizia, veniamo a mettere nelle condizioni di maggiore beneficio le aziende che disgraziatamente, sfortunatamente, hanno subito i danni alluvionali. Questo è un tipo di discriminazione, questo è un tipo di ingiustizia. Ma faccio un'altra ipotesi, un'altra valutazione, che può essere la seguente: il danno subito è « X » per una determinata azienda, la possibilità di ottenere i capitali in prestito, la possibilità di mutuare capitale è X volte 5, X volte 10, non c'è limite; questa è l'impostazione che è stata accettata dal proponente della legge. Che cosa noi provochiamo sul piano della economia, non direi tanto sul piano della economia in generale, ma sul piano della economia aziendale? Provochiamo una incentivazione, un incoraggiamento a maggiori impegni per le aziende stesse, provochiamo in questi imprenditori quel pericoloso atteggiamento che viene quando si offre a chiunque la possibilità di avere del denaro a buon mercato, cioè l'inflazione degli impegni. Data la circostanza del provvedimento dell'ente pubblico, data la convenienza di attingere presso questi istituti tramite le agevolazioni sui mutui dell'ente pub-

blico, al posto di attingere e al posto di impegnare e di investire un capitale che in tempi normali non sarebbe stato investito, che in assenza delle alluvioni non sarebbe stata né opportunità e né convenienza economica dell'imprenditore investire, in tempi così difficili e emergenza come quelli in cui ci si trova, l'imprenditore danneggiato dalle alluvioni investe un capitale tre o quattro o dieci volte superiore a quello che avrebbe investito in tempi normali. Questa speculazione non sarà una vera speculazione ma penso che questa ardua operazione che l'imprenditore, in assenza di alluvioni, non avrebbe mai fatto, porti a delle conclusioni che non sempre possiamo accettare a priori come le più tranquille, le più pacifiche e le più sostenibili.

Io metto il dito su questa particolare carenza del disegno di legge dello Stato, e la Regione ha accettato lo stesso criterio. Io penso che lo Stato forse può permettersi questa impostazione in altre zone, in altre regioni, dove le agevolazioni, cominciando dalle agevolazioni fiscali e dalle altre incentivazioni tipo tariffe differenziate sull'energia elettrica ed altre provvidenze che promanano da enti e da organismi di dimensione locale, determinano delle situazioni e delle incentivazioni nel settore dell'industria, tali da creare quasi un uguale trattamento con quello riservato agli imprenditori danneggiati dalle alluvioni e aiutati con il decreto alla legge del dicembre scorso per gli alluvionati. Ma nella nostra regione invece creiamo effettivamente una discriminazione, creiamo un differente trattamento fra aziende alluvionate ed aziende non alluvionate. Per quanto riguarda lo sviluppo industriale della nostra regione io potrei dire che mai a sufficienza si avrà pensato e contribuito per migliorare o per incentivare gli imprenditori economici di questo settore, perché

continuamente sorgono delle difficoltà. La nostra parte politica non si lamenta certo che vengano accumulati, che si diano troppi aiuti a questo settore, però, ripeto, non dobbiamo creare delle discriminazioni. Il prof. Corsini ha auspicato, quasi fosse già a conoscenza che la Giunta regionale ha in animo di farlo, ha auspicato di preparare un ulteriore disegno di legge per le incentivazioni di qualsiasi tipo, non interessa sotto qualsiasi forma, per il mondo industriale, per portare un certo trattamento di uguaglianza fra le industrie danneggiate e le industrie non danneggiate. Quando si parte con l'accettare un principio sancito dalla legge dello Stato, che noi si deve necessariamente seguire fino in fondo, penso che non abbiamo fatto qualche cosa che sia di rispetto e consono alle esigenze della nostra economia; sbagliato il principio, sono errate anche le conclusioni e i fini che si raggiungono.

Per quanto poi riguarda l'impegno che era stato a suo tempo preso in sede di capigruppo con la Giunta, immediatamente dopo il verificarsi dei fenomeni che hanno portato a questo disegno di legge, l'impegno di costituire una commissione per l'esame non solo delle singole pratiche, ma per l'esame a più vasto respiro circa il sistema migliore di intervento e la scelta di strumenti migliori di intervento, se si fosse creata tale commissione come l'avevamo prevista noi, certamente non si sarebbe arrivati a presentare un disegno di legge come questo, che si accoda e che accetta per rispondente alle nostre esigenze e ai nostri bisogni, il disegno di legge dello Stato. Non si sarebbe arrivati a prevedere questo sistema di integrare con mezzi finanziari regionali i provvedimenti dello Stato, sistema che anche sul piano di quella che è la normale amministrazione della legge stessa porterà senz'altro a delle difficoltà

e, in secondo luogo, anche a delle discriminazioni tra azienda e azienda. Possibilità, quindi, discrezionali eccessive demandate all'organo Giunta, con la formulazione di questo sistema previsto nel disegno di legge. Abbiamo in un primo momento sentito che le aziende che meritavano essere agevolate con interventi particolari erano un certo numero, poi abbiamo visto che questo numero si è allargato nel disegno di legge, ciò lascia dubitare perlomeno che lo organo che deve deliberare abbia un'enorme difficoltà nella concessione della quota di contributo sugli interessi, che poi arriva a trasformarsi in quota di contributo diretto sul capitale. Questa eccessiva discrezionalità non ci sentiamo di dividerla.

Se tutto quanto da noi esposto come osservazioni e come critica al presente disegno di legge può essere superato dalla buona volontà della Giunta, nel senso di modificarlo per quanto riguarda la commissione, poi per quanto riguarda la delimitazione con criteri più chiari e più marcati, poi per quanto riguarda l'intervento su interessi, onde diminuire il pericolo di discrezionalità e di discriminazione, noi ci dichiariamo d'accordo sul disegno di legge, perché esso è necessario, è urgente e valido sotto un profilo generale.

PRESIDENTE: La seduta è tolta e rinviata al pomeriggio alle ore 15.

(Ore 12.30).

Ore 15.10

PRESIDENTE: La parola al cons. Santoni.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente, signori Colleghi che siete in aula, il mio sarà un intervento molto breve, allo scopo di sottolineare alcuni aspetti che, credo, rivestano dei caratteri peculiari di questo disegno di legge n. 93, con il quale la Giunta regionale propone un rifinanziamento della legge regionale n. 21 del 1966, a favore delle imprese industriali, commerciali e turistiche danneggiate dall'alluvione del novembre 1966. Credo sia completamente superfluo rievocare la grave calamità che ha colpito alla fine dello scorso anno la nostra regione, che l'ha colpita soprattutto nella provincia di Trento, perché qui se ne è parlato lungamente a più riprese e soprattutto anche recentemente in occasione della discussione del disegno di legge n. 89, per i provvedimenti a favore del commercio. Credo però sia necessario sottolineare con chiarezza che questo provvedimento di legge, senza quegli avvenimenti di straordinaria gravità, non sarebbe stato presentato al Consiglio e non ci sarebbe stata neanche da parte dello Stato l'emanazione della legge 1142, che è appunto la conversione in legge del decreto 976 adottato nell'immediatezza della calamità nei primi giorni del mese di novembre.

Il presente disegno di legge all'art. 1 autorizza la Giunta regionale a concedere a favore delle imprese industriali, commerciali, turistiche ed alberghiere, degli esercizi pubblici e piscicoltura danneggiate ecc., un concorso annuo costante posticipato fino al 6% sui mutui contratti con gli istituti di credito abilitati ad operare in base alle leggi dello Stato 1142, e, appunto, decreto 1176. Con questo la legislazione regionale, preso atto che lo Stato ha emanato quei due provvedimenti citati, fissa per le aziende che operano nel suo territorio delle condizioni più favorevoli che nel resto

del paese. Mentre nelle altre regioni del nostro paese, con la garanzia sussidiaria dello Stato, in base appunto all'art. 28 della legge 1142, il denaro viene a costare a chi va a un'istituto di credito convenzionato a mutuarlo, il 3%, nella regione Trentino-Alto Adige, se verrà approvato questo disegno di legge, il costo del denaro sarà portato tendenzialmente all'1,50%, ciò per favorire una più rapida ripresa delle aziende danneggiate dall'alluvione. Questo agganciamento alla legislazione dello Stato nel corso della discussione è stato da più parti criticato, ho visto che è stato criticato anche nella relazione della commissione. Ora, a me sembra che questa critica non sia stata sufficientemente approfondita, perché non si suggeriscono, criticando, delle soluzioni alternative alla proposta della Giunta, che siano ugualmente valide a determinare la ripresa economica delle aziende industriali, commerciali e turistiche danneggiate dagli eventi alluvionali. Evidentemente io credo che nessuno dei membri di questo consesso avrebbe desiderio che nella nostra regione non si applicassero i provvedimenti che lo Stato ha emesso per l'alluvione, però, se fosse accolto il suggerimento di chi propone alla Giunta una politica di intervento autonomo, così come dice il verbale della commissione, per ottenere lo stesso risultato che si ottiene agganciando il provvedimento regionale ai provvedimenti dello Stato occorrerebbero mezzi moltiplicati per molti moltiplicatori e rispetto ai 300 milioni che oggi sono proposti occorrerebbero molte più disponibilità, senza poi contare i problemi veramente insuperabili che sarebbero posti dalla garanzia di questi mutui, problemi gravissimi, come abbiamo visto discutendo la legge di provvidenze a favore del commercio, relativamente appunto alla costituzione di un fondo regionale per garantire le opera-

zioni di credito fatte dagli industriali, per ricostituire le loro aziende. Ora, io credo che questo vada sottolineato, perché ritengo che la critica che è stata fatta a proposito dell'agganciamento alle leggi dello Stato sia una critica superficiale, perché se si viene a criticare e a dire che questo sistema non va, è opportuno suggerire qualche cosa di altrettanto valido, che raggiunga altrettanto efficacemente gli obiettivi che il disegno di legge che oggi qui si discute vuol proporsi. Io questa mattina sono mancato a parte della discussione, ma questo non mi sembra di averlo sentito né in commissione né in aula.

Qualcuno potrebbe vedere in questo disegno di legge, che abbatta ulteriormente il tasso di interesse a favore degli industriali regionali, una politica direi oltranzista a favore dei nostri industriali. A parte il fatto che sono state le stesse organizzazioni sindacali a sostenere con energia la necessità di un intervento il più favorevole possibile per le aziende danneggiate dall'alluvione, proprio a salvaguardia dei posti di lavoro esistenti, se esaminiamo per un attimo la nostra situazione dal punto di vista della possibilità di sviluppo dell'industrializzazione, ci accorgeremo che la situazione nostra è caratterizzata da una preoccupante stasi, nonostante gli incentivi regionali e nonostante tutti gli sforzi di promozione che le autorità regionali vanno facendo. La stasi nostra è stata aggravata da due fatti molto evidenti: il primo è stata la congiuntura economica sfavorevole, da cui eravamo appena usciti quando è venuta l'alluvione a darci una specie di colpo di grazia e spazzando via in certi casi addirittura qualche industria anche di recente insediamento, la Baur Foradori mi sembra sia un esempio sufficientemente eloquente. Basta a questo proposito leggere le relazioni che la Giunta regionale e lo stesso as-

sessore regionale all'industria ha distribuito negli ultimi tempi per convincersi della nostra situazione veramente precaria: il nostro reddito pro capite si incrementa con un ritmo inferiore, che in molte altre regioni del Paese, per cui noi perdiamo posti nella graduatoria del reddito procapite e andiamo addirittura indietro. Ora, dicendo questo, cosa voglio dimostrare? Io voglio sostenere che se si vuole almeno conservare il patrimonio industriale pre-alluvionale, è necessario ed era necessario che la Giunta regionale creasse le condizioni effettive per una ripresa economica delle aziende colpite. Il provvedimento di legge che noi oggi stiamo esaminando mi sembra raggiunga quell'obiettivo ora enunciato, consentendo in certi casi alla Giunta regionale di affrontare con interventi più sostanziali addirittura la ricostruzione di determinate aziende che sono state spazzate via dalla furia alluvionale. È il caso della Baur Foradori, e mi sembra che ce ne siano alcune in provincia di Trento, la Saturnia e qualche altra, e qualcuna anche in provincia di Bolzano, tipo la von Pretz, la Moser e forse qualche altra, ma credo prevalentemente queste due. Io credo che con questo provvedimento si viene a salvare il già scarso patrimonio industriale della nostra regione, e si viene soprattutto, e mi sembra che non sia un fatto da trascurare, anche ad ancorare stabilmente in regione quelle scarse capacità imprenditoriali che, altrimenti, in mancanza di un provvedimento consistente o della promessa di un provvedimento tipo questo da parte della Giunta regionale, avrebbero anche potuto cercare di sistemarsi in lidi più favorevoli di quelli già poco allettanti della nostra regione. Per le ragioni esposte dico che condivido questo disegno di legge e dico che anche il gruppo della D.C., a nome del quale ho preso la parola, nel merito è perfettamente d'accordo con

la Giunta regionale, in quanto con questo provvedimento si va a raggiungere i due obiettivi di fondo di una politica industriale, che sono di conservare il patrimonio industriale che c'è, per creare le premesse per uno sviluppo ulteriore del nostro patrimonio industriale, che è quello che tutti noi auspichiamo. Questa però è una politica a lungo termine che la Giunta regionale, non in questa sede, ma in altra sede, vorrà comunicare al Consiglio.

Un'altra critica che mi pare di aver sentito durante i discorsi in commissione e anche durante la discussione consiliare, è quella che si riferisce al fatto che questi interventi regionali non si riferiscono esclusivamente al ripristino dei danni effettuati dall'alluvione, ma consentono di intervenire per la ripresa economica delle aziende. Se vogliamo prescindere per un momento dal fatto che la legge 1142 introduce il concetto della ripresa dell'attività economica, io non riesco a vedere perché un industriale, con un'azienda tecnologicamente superata, dovrebbe, dopo la distruzione delle sue attrezzature causa le alluvioni, ripristinare la sua azienda nella situazione precedente, con la attrezzatura scadente, non in grado di sostenere la concorrenza del mercato. Sarebbe grave colpa, a nostro avviso, dare soldi a costui perché il puro ripristino non risolverebbe affatto i problemi strutturali di queste aziende, nè consentirebbe a queste aziende di poter inserirsi efficacemente in un più ampio mercato, il mercato comune e anche la concorrenza interna. Ora, a questo proposito credo proprio che sarebbe gravissima responsabilità della Giunta regionale consentire che si facessero dei puri e semplici ripristini e sarebbe un cattivo investimento, anche fatto da parte dell'industriale, se andasse a ripristinare la situazione di prima. Non ho raccolto esattamente le criti-

che a questo proposito, però ritengo che il concetto che noi non condividiamo del puro e semplice ripristino andava sottolineato in questa sede con questa motivazione: il ripristino non risolve niente, bisogna che questo aiuto da parte dell'ente pubblico vada a risolvere una situazione strutturale, che vada a mettere la azienda in condizioni di svilupparsi dal punto di vista economico. È giusto sotto molti profili e da un punto di vista delle economie industriali è sacrosanto che appunto l'azienda colpita risorga anche diversa da prima, magari più grande, ma tecnologicamente in linea con il progresso dei tempi. Rifiuto nel modo più categorico l'asserzione che questa sia una speculazione, come ho sentito dire da qualche banco. Questa non è una speculazione, è un investimento fatto bene, è un investimento che giustifica anche il sacrificio di soldi pubblici. Si tratta solo di una decisione avveduta ed opportuna sia da parte dell'imprenditore, sia da parte dell'ente pubblico, e soltanto se l'imprenditore investe su questa linea è garantito che l'investimento pubblico darà risultati sociali, sia sotto forma di occupazione, sia sotto forma dell'incremento del reddito. Così, a mio avviso, anche questo provvedimento serve non solo a sanare le perdite alluvionali, ma serve a dare una ulteriore spinta al nostro settore secondario, che, come abbiamo visto prima, soffre di una grave crisi di ristagno.

Ho creduto anche di cogliere nelle due riferite, cioè nel discorso dei ripristini e nel discorso che noi favoriremmo eccessivamente gli industriali, le due maggiori obiezioni che sono state mosse al disegno di legge, che oggi qui discutiamo. Però, mi pare che ci sia un certo argomento che meriti un attento esame e che meriti una certa puntualizzazione, ed è l'argomento che riguarda la commissione consiliare

che dovrebbe affiancare la Giunta regionale nell'esame delle richieste, prima della trasmissione di queste richieste di contributo alle due Giunte provinciali, perché possano in base alla legge n. 10 emettere un loro parere vincolante in merito. Nel disegno di legge n. 89, la commissione, sia pur con un certo andamento delle cose in sede consiliare, è stata accolta dalla Giunta regionale, anche se, a mio avviso, qui lo ripeto, quella commissione era superflua in quanto ormai la legge era amministrata ed era opportuno non andare ad appesantire burocraticamente e ulteriormente l'iter di una legge, che praticamente è già fatta. Io credo che in sede di attività legislativa bisogna fare le cose che servono e le cose che non servono lasciarle da una parte. Comunque in quella sede è stata accolta la commissione, qualcuno ha detto come adempimento di una premessa, anche se la cosa poteva ritenersi superata, qualcun altro ha detto, mi sembra sia stato Malignoni, come atto di riparazione, per una promessa che, in sede di capigruppo, si era fatta e che era opportuno mantenere fino in fondo. Qui però, a quanto mi consta, ho riletto il verbale recentemente, c'è una interpretazione di globalità dell'impegno della Giunta di voler fare la commissione anche per quel che riguarda l'amministrazione dei fondi da destinarsi alle aziende industriali, ma a me pare che in quella sede la Giunta si sia impegnata esclusivamente a fare una commissione per l'amministrazione del fondo per i commercianti, che aveva caratteristiche sue proprie e ben precise, mentre non è stato preso per questo provvedimento nessun impegno di fare la commissione, per cui è difficile poter argomentare in questa direzione, per impegnare la Giunta ad accettare una commissione in questa sede. Mi sembra opportuno dire che in linea di principio sia assolutamente necessario fare una net-

ta distinzione delle sfere di competenza, che deve caratterizzare uno stato di diritto, perché è necessario che ci sia una netta distinzione — non si agiti, collega Corsini —, una netta distinzione fra sfere di competenza dell'organo legislativo e sfere di competenza dell'organo esecutivo. E qui stiamo assistendo da molto tempo a un tentativo, fatto dalle opposizioni evidentemente, con le loro ragioni, di voler mescolare, di voler confondere, di voler interferire ad ogni piè sospinto nell'organo esecutivo, cioè portare l'organo legislativo a fare attività amministrativa. Il mio gruppo ha esaminato questo problema e ritiene di dover rispondere negativamente a questa richiesta per una questione di principio, per una questione di principio che trova la sua motivazione più profonda proprio nell'attenta lettura dello statuto, dove all'art. 18 e successivi si elencano gli organi della Regione e si dà a ciascun organo la sua competenza e i suoi poteri, mentre qui si tenta continuamente di inserire l'organo legislativo nell'attività amministrativa. Secondo me, è giusto ed è giuridicamente necessario tenere distinte nettamente le due sfere di competenza, lasciando alla Giunta regionale l'amministrazione, sotto il controllo degli organi costituzionali che hanno il diritto e il dovere di controllare l'attività della Giunta, lasciando al Consiglio la vigilanza politica sugli atti della Giunta, attraverso i mezzi normali che il Consiglio dispone per vigilare sull'attività della stessa. Noi insistiamo, insistiamo per una questione di principio sulla necessità di questa netta separazione e diciamo, con molta tranquillità ma con altrettanta decisione, il nostro avviso contrario ad inserire la commissione per questa ragione di principio che mi sembra non meriti ulteriori approfondimenti perché l'argomento è chiarissimo e di lapalissiana eviden-

za. Se poi passiamo a esaminare le procedure per istruire una pratica di finanziamento sulla legge n. 10 del 1963, che sono poi quelle richiamate dalla legge 21 e dal presente disegno di legge perché si fa riferimento a quelle procedure, ci accorgiamo della dannosità dello inserimento, proprio sul piano pratico, di questo organo. Io ho cercato di vedere qual è lo iter che deve fare una pratica di finanziamento per concludersi. La domanda va alla Giunta regionale attraverso l'istituto di credito, Mediocredito IMI, che la istruisce; l'istituto di credito fa l'istruttoria e se trova la pratica ammissibile la trasmette alla Giunta regionale, con le proprie determinazioni e con il proprio parere e con le proprie decisioni sulla pratica stessa. La Regione trasmette le pratiche alle Giunte provinciali competenti per il parere sull'entità del concorso e, se il parere della Giunta provinciale fosse contrario, evidentemente la Giunta regionale non può mandare avanti la pratica, perché il parere della Giunta provinciale a questo proposito è un parere vincolante. La Giunta provinciale restituisce la pratica alla Giunta regionale munita del parere, la quale Giunta regionale delibera di autorizzare il Presidente a fare il decreto di concessione del contributo. Il decreto di concessione del contributo viene inviato alla Corte dei conti per la registrazione, dopo di che può andare all'istituto di credito e la pratica può dirsi conclusa. Se seguiamo l'iter di questa pratica vediamo che sono circa 8-9 operazioni e che arrivare rapidamente in porto è una cosa estremamente difficile; la pratica a concludersi ci impiega mediamente dai 4 ai 5 mesi, quando si è fortunati, perché potrebbe anche darsi che ci impiegasse di più, se poi la Corte dei conti solleva obiezioni si allunga ulteriormente il periodo. Con questa commissione, anche da un punto

di vista pratico, io vedo la procedura notevolmente appesantirsi e potrebbero esserci ritardi che superano anche il mese. Ad avviso del gruppo D.C. è opportuno confermare, anche per la legge in esame, il sistema collaudato ormai dall'esperienza della legge n. 10, senza introdurre ulteriori difficoltà e ulteriori rallentamenti con procedure tipo quella della commissione, appesantendo l'iter della conclusione di queste pratiche. Dico questo da un punto di vista pratico, prescindendo completamente dalle ragioni di principio che ho detto prima. Se le ragioni di principio ci portano a dire di no, anche queste ragioni pratiche ci portano a dire che sarebbe un appesantimento inutile perché la procedura già collaudata è sufficientemente pesante, è sufficientemente laboriosa, perché non si venga ad inserirci dentro altri organi.

Il mio doveva essere un intervento breve e ho mantenuto la parola, ho fatto un intervento breve, credo però di aver affrontato quei due o tre problemi, che avevo intenzione di affrontare, con sufficiente chiarezza. Io credo che questo provvedimento sia valido, e riassumo il mio pensiero, sia in sede di ripristino sia in sede di ripresa della attività economica delle aziende danneggiate della nostra regione, la ripresa nel senso che ho detto prima della ristrutturazione tecnologica delle aziende, perché soltanto in questo caso si giustifica un intervento pubblico.

Desidero dare atto anche in questa sede alla Giunta regionale di aver operato bene, di aver operato subito, di aver ridato fiducia nel momento in cui ce n'era bisogno agli operatori economici, che hanno ripreso e che in poco tempo hanno potuto ricollocare le loro aziende in condizioni di poter produrre, salvando con questo anche i posti di lavoro alla nostra gente. La stessa azione delle organizzazioni sindacali

è sintomatica a questo proposito. Io credo che il risultato c'è stato ed è stato positivo, ed è stato più che altro, qui lo ripeto, un risultato di ordine psicologico, cioè la motivazione di fondo era per questi imprenditori sentire che la Giunta regionale era alle loro spalle per sostenerli in questo loro sforzo di ripresa. Io credo che questo risultato, dovuto alla tempestività di questo intervento e alle tempestive assicurazioni, sia un fatto da sottolineare. Desidero anche sottolineare, e poi concludo, che vada dato atto agli operatori economici di aver dimostrato grande volontà di ripresa e grande senso di responsabilità, essi hanno affrontato grosse difficoltà e hanno avuto successo, hanno avuto successo non solo per loro, ma hanno avuto successo anche per noi, in quanto il loro successo è un successo della nostra politica generale, che vuol, quanto meno in questa fase difficile, garantire la non diminuzione dei posti di lavoro che nella nostra regione sono già notevolmente ridotti. Essendo convinto che questo disegno di legge opera nella direzione giusta e opera nella linea delle argomentazioni che mi sono sforzato di fare, io annuncio sen'altro il voto favorevole della D.C. al disegno di legge stesso.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola in discussione generale? Come ultimo la parola all'assessore per la replica.

**ALBERTINI** (Assessore industria e trasporti - D.C.): Ringrazio anzitutto tutti gli intervenuti, in particolar modo il cons. Molignoni, che ha avuto, nelle sue argomentazioni, espressioni di appoggio per il disegno di legge e, infine, anche il dott. Santoni che ha svolto tesi di ordine generale, a sostegno del disegno di legge, e chiarito anche il punto di vista del gruppo, portando argomentazioni a favore del-

lo stesso disegno di legge e chiarendo alcuni motivi o dubbi che erano stati sollevati da alcuni consiglieri.

Premetto brevemente una risposta, un inquadramento d'origine generale, perché i motivi degli interventi sono stati molteplici, ma viene innanzitutto un motivo di fondo che è stato sollevato dal cons. Gouthier. In definitiva si viene a esprimere il dubbio, perlomeno la perplessità o la impossibilità di inquadrare il disegno di legge e lo schema nella volontà politica di incentivazioni industriali, in quanto il disegno di legge parte dal presupposto del danno. La incentivazione d'ordine industriale dovrebbe partire, come è logico, da altri criteri, da altri punti, quali sono appunto la qualità di interventi settoriali, quindi la scelta settoriale, la scelta di localizzazioni, oltre, come è stato giustamente detto, la quantità degli interventi. Ora, primo argomento è questo: non bisognerebbe vedere la politica delle incentivazioni industriali unicamente in questo disegno di legge, bisogna vederla nel quadro dei molteplici interventi, perché se, evidentemente, la nostra politica di incentivazione dovesse poggiare unicamente sul motivo dell'abbattimento dei costi di interessi, cioè sull'incentivazione del denaro, del mutuo, sarei certamente d'accordo che non potremmo pensare ad una effettiva politica di incentivazione, e non potremmo pensare anche a svolgere una funzione di direzione, perlomeno di scelta nei vari settori, perché questo tipo di incentivo, cioè abbattere questo interesse, non è un tipo di incentivo che lascia nelle mani dell'amministrazione, nei poteri dell'amministratore, ampi poteri di scelta, in quanto ha un presupposto che è la trattazione dell'impresa con gli istituti di credito, e questo presupposto esiste per la legge 10, la legge 21, la legge precedente per le alluvioni e la attuale legge. C'è

un presupposto di esame: noi interveniamo su un mutuo contratto col Mediocredito, in una trattativa, in un esame fatto, direi, dalle banche, dal sistema bancario, dagli istituti autorizzati a questo esame a medio termine che va a vedere i programmi dell'impresa e perché si fanno determinati investimenti. Il nostro potere è solo di considerare un abbattimento del costo di interessi, non la possibilità di dare il mutuo o non dare il mutuo. Il Consiglio regionale non è nella possibilità di dire: noi facciamo i mutui nel limite del danno o facciamo i mutui nel limite secondo i principi della legge del ripristino, o si autorizza la Giunta ad abbattere il costo di interesse del mutuo assunto dalle aziende danneggiate. Il tipo di incentivo è subordinato effettivamente ad una analisi che è al di fuori della nostra sede. E qui, per gli studi portati avanti anche col consulente della Giunta regionale, e anche per gli orientamenti in sede nazionale, si è acquisito effettivamente il concetto che la politica di industrializzazione deve porre al primo posto non il sistema degli incentivi alle aziende private o pubbliche ecc., ma la predisposizione delle infrastrutture di base, e quindi delle aree industriali infrastrutturate, il problema della viabilità, delle grandi linee di comunicazione, comunque un problema di struttura di base; per cui effettivamente, se si vuole accedere a questo concetto, a questo criterio, si vedrà una inversione di tendenza effettiva fra questo modo di incentivazione industriale e un altro modo di incentivazione industriale, al quale andiamo gradatamente avviandoci, sia per le elaborazioni dei piani urbanistici, sia per i disegni di legge, per l'amanimento delle aree e delle infrastrutture, sia per tutta la tematica stradale, Noi manterremo o proponiamo di mantenere gli incentivi — parlo in sede generale — questo tipo di incen-

tivi, soltanto per non essere una località disincentivata. Se sul piano nazionale si andrà ad attenuare la politica degli incentivi, cioè dello abbattimento dei costi di interessi, evidentemente dovremo anche noi coordinarci e entrare in questa linea politica, ma finché questo disegno politico non ha una effettiva consistenza, — perché nel resto del territorio nazionale i mutui agevolati alle imprese sono dati nella misura del 5%, 4% o 3% —, noi dobbiamo mantenere questo tipo di incentivo per non essere una zona disincentivata, come il triangolo industriale. L'ultima decisione del comitato della programmazione è, per esempio, sulla 623 che non può operare nell'area industriale di Milano, Torino, Genova. Se noi effettivamente abbandonassimo gli incentivi andremmo ad equipararci ad una zona di alta, intensa industrializzazione come quella di Milano, Torino e Genova. Per questo motivo, non perché da questo tipo di incentivo si ricavi effettivamente la soluzione del problema industriale; infatti sulle infrastrutture è più facile un indirizzo di scelta, perché l'infrastruttura viene ammannita dall'ente pubblico, con finanziamento nostro, e può essere offerta a settori diversi, con scelte operative, scelte che hanno avuto in sede di applicazione della 623, della 614, alcuni indirizzi già adesso, sul piano nazionale, perché per esempio ci sono settori che sono esclusi dalla incentivazione industriale e quindi anche noi riteniamo di uniformarci a questa politica. Ecco perché si ritiene che questo disegno di legge non risolve il problema di industrializzazione. Non so se l'ho detto nella relazione, penso che l'ho detto male; non è che risolve, è stato un provvedimento contingente, fatto sotto l'assillo e la preoccupazione della ripresa industriale, come ha detto giustamente il dottor Santoni, soprattutto per dare psicologicamente

la sensazione di una nostra assistenza al tessuto industriale della nostra terra, per non fare un passo indietro, perché i danni sono stati notevoli.

Perciò, nei colloqui che abbiamo avuto con il Presidente del Consiglio dei ministri, on. Moro, col rappresentante dell'industria sottosegretario Malfatti, abbiamo concordato, abbiamo chiesto il parere anche del Governo per una integrazione ai nostri interventi su quelli fatti dal Governo, che anche non si inquadrano nella politica di industrializzazione né di settore né di localizzazione, perché partono dal presupposto delle aziende danneggiate. Partono proprio dal presupposto delle aziende danneggiate, con un ragionamento molto semplice: dove esiste un effettivo danno, quale criterio deve applicarsi? Quello di riparare il danno? Ebbene, tutto il settore imprenditoriale ha riconosciuto che la riparazione del danno non solo non è possibile, ma sarebbe illogica, improduttiva. Meglio è, — e questo è il concetto espresso sia dalla categoria, dalla camera di commercio, dall'ambiente economico, fatto proprio dal Governo —, dare i mezzi per il ripristino dell'azienda, per mettere l'azienda nelle condizioni migliori di mercato, di struttura, di organizzazione, per recuperare il mercato, avesse anche perso, perché un'azienda parzialmente distrutta, ha perso le scorte, non ha potuto far fronte ai propri impegni, ha perso la clientela ecc. Vi sono aziende che, con l'occasione della alluvione, possono riorganizzarsi meglio, rifarsi una struttura migliore, che avrebbero affrontato il problema della riorganizzazione anche senza l'alluvione; è avvenuta l'alluvione, e così esse hanno trovato il modo di accelerare i loro programmi di investimento. Perciò il criterio della legge non tende a riparare solo il danno ma a concedere un finanziamento agevolato.

Poi, diciamo la verità, più che un finanziamento è un prestito che va fatto all'azienda. L'azienda deve mettersi nelle condizioni economiche di restituire il prestito, è questione di vedere caso mai il tasso di interesse, invece che il 3, l'1 e mezzo. Perché facciamo l'1 e mezzo invece che il 3 o facciamo in qualche caso, dove il danno è superiore, magari lo zero e incidiamo sul capitale dove il danno è particolarmente grave. Ma indubitabilmente noi non ripariamo il danno, tutta la discussione è avvenuta fra il rapporto danno e investimento.

Addirittura si è parlato di moralità, da parte del cons. de Carneri: 11 miliardi di danni, qui abbiamo 22 miliardi di investimenti. Intanto son 22 miliardi di investimenti, questi mutui sono subordinati al programma di investimenti. Cioè l'industriale, dopo aver fatto il contratto di mutuo ottenuto dagli istituti di mediocredito, non ha mica il denaro, deve fare gli investimenti, gli hanno dato un acconto; quando ha avuto l'acconto deve documentare l'investimento in beni immobili, in scorte, in macchinario; fatta la documentazione, riceve la integrazione, il saldo del mutuo; fatto il collaudo riceve la liquidazione del nostro contributo. Quindi è subordinato a un effettivo investimento e a un programma evidentemente che è stato sottoposto ad esame. Ci saranno aziende che vedranno modificate le stesse loro partenze di programma in sede di collaudo, o perché non si sono attenute al programma che hanno predisposto, o perché non ci sono riuscite, hanno cambiato atti di volontà ecc., di disposizione. Però questo denaro viene totalmente investito, non viene dato all'imprenditore, viene dato all'impresa, e l'impresa questo denaro lo deve investire; sarà una questione di politica di investimenti o meno, 22 miliardi di investimenti sono una massa di denaro notevolissima nella

nostra regione. Il totale degli investimenti annessi al Mediocredito è di 40 miliardi, questi sono 22 miliardi di investimenti, con scorte, macchinario e materie prime, secondo i limiti. Ora, la nostra spesa implica 3 miliardi in 10 anni; attualizzata la nostra spesa è 1 miliardo e mezzo. Quindi noi andiamo a dare un 10% della spesa, del danno effettivo. Se poi anche calcoliamo quello che dà lo Stato, cioè quello che dà il Mediocredito centrale, sono 3 miliardi e mezzo di spesa pubblica effettiva, in confronto a 11 miliardi di danni. Quindi non è vero che le imprese ricevano più del danno che hanno avuto, scherziamo! Ricordate che i mutui restituiti, sia pure in un lasso di tempo discreto.

Il cons. Spiegler ha detto: ma insomma, qui per le industrie abbiamo 14 miliardi. siamo arrivati a una spesa di 14 miliardi. Non so che conti abbia fatto, ma devo osservare che l'assessorato industria ha il 12,21% del bilancio regionale, compresi i 540 milioni dell'attuale bilancio, e quindi compresi i 300 milioni di questa legge, compreso l'altro disegno di legge, compreso il fondo speciale, contro il 28 per cento dell'agricoltura e il 20% della economia montana. Diciamo che con questo disegno di legge abbiamo addirittura travalicato le proporzioni che possono essere ottimali di rapporti di investimento fra il settore industriale e gli altri settori dell'economia, perché siamo ancora in queste proporzioni. Sono risalito dall'8,35 del bilancio dell'anno scorso al 12,21, il che indubbiamente significa un miglioramento della quantità, ma non significa ancora l'optimum. Se ci sono altri problemi connessi magari con l'industria non è certo sui soldi dell'assessorato industria che si devono affrontare quei problemi, perché se le proporzioni della politica di spesa sono queste, cosa volete ri-

durre? Volete affrontare la politica stradale a carico dell'industria, o affrontare la politica dell'assetto territoriale a carico dello stanziamento dell'industria? Mi sembrerebbe veramente una cosa fuori posto se non vogliamo vanificare completamente una politica industriale. L'altro argomento più giusto è dire: però quel poco che abbiamo vediamo di spenderlo bene; è spesso bene o meno? Mi sono posto il tema evidentemente. Noi possiamo dire: le industrie danneggiate possono essere soddisfatte di avere i mutui al 3%. Guardate, quegli alcuni casi particolari che sono noti a tutti e che saranno studiati anche dalle Province, dalle Giunte provinciali, non avrebbero ripreso quel mutuo al 3%, su questo mi pare che siamo d'accordo un po' tutti. Anche il cons. Spoegler diceva che quelli che hanno avuto danni consistenti sarebbero d'accordo anche su una riduzione del tasso di interesse. Ma gli altri perché? Abbiamo ritenuto equo un ulteriore intervento, perché andiamo a ripristinare delle aziende danneggiate e solo in parte andiamo a riparare il danno, solo in parte; e non è vero che si crei una spequazione come diceva il Presidente della commissione industria, il quale afferma: ma in fondo, se l'azienda che ha il denaro investito all'1 e mezzo, danneggiata, e l'azienda che non è danneggiata e che da invece il mutuo al 3%, se sono aziende che hanno lo stesso prodotto, una viene messa in condizioni di favore, ma si dimentica che quella azienda che ha veramente l'1 e mezzo ha avuto anche i danni alluvionali, è stata ferma magari per un mese, un mese e mezzo, due mesi, ha perso la clientela, ha dovuto riorganizzarsi, ha avuto un danno notevole e quindi questa differenza è proprio giustificata da condizioni obiettive di sfavore. Dare il denaro all'1 e mezzo per cento alle aziende non danneggiate sarebbe stato un eccesso. Fare una

scelta su 300 milioni e metterli nelle aree, questo sarebbe un discorso diverso, è un discorso evidentemente che ha un fondamento, potrebbe avere un fondamento e una scelta, questo sì, avendo pochi fondi quei pochi li metto su quell'incentivo che è prioritario di fronte a questo, questo sì. Qui però ci sono impegni con la categoria di abbattere il tasso di interesse all'1,50; impegni che sono stati divulgati, che hanno costituito la molla psicologica della ripresa, che non è valutabile e qualificabile nei 22 miliardi di investimenti. Abbiamo avuto lo arresto di stabilimenti solo in casi eccezionali, 2, 3, 4 casi, gli altri hanno ripreso, si sono dati da fare, hanno fatto i conti, hanno fatto i programmi sulla nostra parola, sulla parola della Regione e de Governo. Oggi potrebbe essere anche poco evidente quella situazione; quindi può entrare e farsi peso il discorso sulle aree di 300 milioni. E su questo discorso sono d'accordo come discorso di fondo; solo che qui andiamo a pagare un impegno che ha costituito una ripresa di un settore industriale esistente, che è ripreso, che si è messo a lavorare, che ha mantenuto i posti di lavoro e che li ha aumentati. Per questo il discorso sulle aree, pur essendo valido, non mi sento di introdurlo in questo momento. Il programma sulle aree si è dovuto rinviare, scaglionarlo negli anni successivi, perché il fatto alluvionale c'è stato; e sul fatto alluvionale abbiamo preso impegni che ritengo in coscienza ancora validi. L'altro tema è questo: danno e investimento. I consiglieri della S.V.P. ritengono eccessivo l'investimento della Regione. Il rapporto fra danno e investimento nel settore industriale può essere superiore al 50%. O noi rifiutiamo il disegno di legge, non facciamo questo intervento, ma non possiamo farne altri nel settore degli incentivi circa l'abbattimento del tasso di

interesse, perché non c'è nessuna banca che dà un mutuo nell'ambito del danno della azienda; perché? Perché la banca va a vedere se l'azienda può restituire il denaro, e quella azienda, per restituire quel mutuo, deve fare un investimento tre volte superiore al danno, o due volte, bisogna vedere caso per caso. Ci sono aziende che con un mutuo di 10 milioni riescono a riparare 10 milioni di danno; ci possono essere aziende che per restituire i 10 milioni devono fare un mutuo di 50 milioni, perché hanno bisogno di altra attrezzatura, di macchinario. Perciò è un esame di dettaglio che la Giunta si riserva di fare, evidentemente di intesa con le Giunte provinciali. Non è mica detto che qui prendiamo il provvedimento di dare il denaro e basta; c'è un esame. Il Mediocredito, l'IMI, la Banca nazionale del lavoro, quegli istituti che hanno fatto i mutui, devono trasmetterci le pratiche, dalle quali vediamo che il programma di investimento c'è stato; in base a questo esame si dà il concorso degli interessi. Non c'è mica l'obbligo di darlo, può darsi che ad alcune aziende noi non diamo niente, non è mica detto nella legge che noi siamo obbligati, è autorizzata la Giunta regionale a dare quel concorso, fatto l'esame azienda per azienda, e non è possibile se non questo esame, questo tipo di esame, non è possibile fare un esame d'ordine generale. Un tipo d'ordine generale è quello che ha fatto Gouthier: togliamo via questo incentivo e spostiamo su quell'altro. Questo è un ragionamento logico a livello del Consiglio regionale; se non ci fosse l'impegno potrebbe essere anche attuale; ma non è logico l'altro discorso che vuole limitare il contributo sul danno, perché se il mutuo è di 50 milioni non posso mica limitare il contributo, tanto più che tutte le precedenti leggi, approvate anche dal Consiglio, come la precedente legge alluvionale, sono uguali a queste.

Nessuno ha sollevato la questione di limitare il mutuo al danno, perché la legge 21 è uguale all'attuale. Noi abbiamo detto: contribuiamo all'abbattimento del tasso di interesse per i mutui che sono assunti; d'altra parte noi con legge non possiamo, volevo anche chiarire, non possiamo noi imporre agli istituti bancari di dare il mutuo relativamente all'ammontare del danno, o sulla base di altri criteri, né possiamo stabilire di farlo a 10, a 12 anni. Questi sono poteri che noi non abbiamo, il potere di ordinare il credito non l'abbiamo. Noi possiamo solo dare il contributo o non dare il contributo, e questo l'ho detto prima, ho detto prima che il discorso che è valido è quello di dire: non riteniamo questo incentivo sufficiente al 3%. Voi dite: possiamo invece dare un contributo sull'ammontare del danno. Ma scusi, consigliere, non c'è nessuno che ha accertato il danno, non c'è nessuna autorità che ha accertato il danno, perché le disposizioni governative non sono state quelle di dire: andate ad accertare i danni. Il Governo ha detto: fate la dichiarazione di quelle che sono state le aziende colpite. Questa è la direttiva impartita; io posso criticarla, non criticarla, ma è quella che è. Oggi nessuna autorità pubblica, — né il sindaco né il Presidente della Camera di commercio —, che può dire: la tal azienda ha avuto 50 milioni di danni o 200 milioni di danni. Per il commercio è stata nominata una commissione, perché c'era un impegno di amministrazione immediata della legge, ma i criteri applicati dalla legge del commercio sono diversi dai nostri. Noi avremmo dovuto allora fare subito una commissione, dar l'incarico a dei periti, andare ad accertare i danni delle singole aziende, e poi fare un disegno di legge e dire: gli istituti sono autorizzati a dare mutui nell'ambito dei danni accertati dall'autorità regionale. Co-

me sarebbe stata in piedi questa legge poi di fronte all'emanazione del decreto nazionale lo lascio pensare al Consiglio regionale, perché quando è venuto il decreto nazionale di fronte alla legge dei commercianti, è venuto veramente un trauma, perché veramente le condizioni fatte anche dalle banche al settore commerciale erano più onerose di quelle fatte dallo Stato, per cui a un certo momento la Giunta regionale ha chiuso le pratiche dei commercianti, le ha trasferite sul Mediocredito. Ogni commerciante che ha voluto trasferire il proprio mutuo sulla legge statale, quindi su questa attuale legge, l'ha potuto fare; ci sono stati solo alcuni i quali han detto: noi ci accontentiamo di quelle provvidenze lì, anche se sono inferiori, perché ci interessa avere un mutuo a quattro mesi invece che un mutuo a 10 anni. Però tutti sono stati avvertiti con circolare dell'assessore e con circolare dell'associazione che potevano godere dei provvedimenti nazionali e del nostro provvedimento a carico di questa legge, per cui non c'è fra settore e settore una sperequazione.

Quindi tenete conto anche di questo, per ragionare. È vero che nella riunione dei capigruppo parlavamo di danni, ma poi l'evoluzione delle cose ha portato a questa situazione, e credo che qui il Governo, una volta tanto, bisogna riconoscere, ha fatto veramente un provvedimento sollecito, ha fatto un provvedimento di legge, ha fatto rivivere la garanzia dei 5 miliardi sulla 910 che era lì ferma per la Regione, non era stata utilizzata, l'ha inserita dentro nel decreto legge. Dopo il colloquio col ministro Andreotti si è giunti in 48 ore ad una modifica, e così abbiamo l'assistenza della legge 910 per cinque miliardi di garanzie, abbiamo la garanzia assoluta dal Mediocredito centrale. Dobbiamo dire poi un'altra cosa: il nostro Mediocredito ha messo a disposizione, dopo tratta-

tive con Roma, col Mediocredito centrale, una somma di 22 miliardi, che rappresentano, per la nostra economia uno sforzo notevolissimo. Non è stata facile neppure per il Mediocredito un'operazione di tanta mole e dovrei dire che tutte le pratiche del Mediocredito regionale sono state accolte dal Mediocredito centrale. Questo è stato uno degli interventi più massicci a favore della ripresa economica. Quindi io penso di non poter accogliere le critiche, salvo esser d'accordo sul fatto che il provvedimento non è inquadrabile in una politica di incentivazione. Le ragioni di ciò vanno ricercate soltanto in un fatto contingente, dal quale si è avuto anche un effetto di incentivazione, anche se sono perfettamente d'accordo che non è questa la base per la nostra ripresa.

Per quanto riguarda la commissione ha detto bene il dott. Santoni; qui siamo in presenza di una delega alle due Giunte provinciali, le quali dicono la parola definitiva su ogni pratica. Quello che vale per la Corte dei conti è la proposta delle due Giunte provinciali. Teniamo conto poi che abbiamo fatto rivivere una legge precedente per non andare al controllo del MEC, perché una legge di questo genere non so se sarebbe passata; perciò abbiamo fatto rivivere il finanziamento di una legge preesistente con le procedure della 21 che richiama la legge 10; così facendo, non violiamo il trattato di Roma, perché abbiamo una legge già varata e già munita della approvazione del MEC. Introdurre una commissione, come giustamente diceva Corsini, significa appesantire la procedura. D'altra parte, signori, questi industriali, artigiani o albergatori ecc., si sono già sottoposti all'esame del Mediocredito, devono mandare le fatture al Mediocredito, poi devono venire alla Giunta regionale, sottoporre e collaudare il programma, questo viene trasmesso alla Giunta

provinciale, la quale in certi casi ha diritto di andare a vedere se effettivamente ci sono stati investimenti, poi dà il parere. A un certo momento questi industriali dicono: ma, signori, in casa mia venite in tre? Non può venire uno solo o due al massimo? Adesso dovremmo addirittura allargare questo esame a un quarto? Che cosa ha fatto lo Stato? Lo Stato questa volta ha insegnato alla Regione; noi che siamo nati per insegnare allo Stato dobbiamo imparare qui dallo Stato: esso non ha dato i poteri al Ministro dell'industria, ha solo messo a disposizione un fondo al Mediocredito centrale; c'è un solo rapporto bancario fra l'imprenditore e il Mediocredito, le autorità politiche non hanno da espletare alcuna inchiesta per dare il contributo; chi decide il contributo è il Mediocredito centrale.

Il Ministero dell'industria è tagliato fuori, non decide niente, non può controllare nulla; e così sono andate avanti sollecitamente le pratiche. Noi invece stabiliamo l'esame della Giunta regionale, noi della Giunta provinciale e ora anche di una commissione consiliare. I cittadini dovrebbero pur trovarsi su uno stesso piano in tutto il territorio nazionale. Ora, gli alluvionati nel resto del territorio nazionale non hanno alcun controllo politico sui mutui che hanno assunto presso gli istituti bancari, qui invece dovrebbero avere tre controlli, perlomeno tre ingerenze e sottoporre le loro questioni a tre autorità politiche. Mi pare che anche questo ragionamento, fin dal principio, sia un ragionamento pratico che dovrebbe consigliarci di non insistere nella questione della commissione. Se si togliesse via le deliberazioni delle due Province allora si potrebbe anche stabilire in modo diverso, ma giacché abbiamo introdotto questo criterio mi pare che è meglio andare in questo modo. Se le Province rinunciano alle delibere possiamo ben dare il parere

alla commissione, allora però si impoverisce l'intervento della Provincia.

Con questo mi pare di aver risposto, se non erro, ad alcune questioni di fondo che sono state sollevate sul disegno di legge, pregando anche che esso possa essere varato con sollecitudine, perché, in definitiva, il Governo, ha varato il decreto legge entro un mese, e noi siamo qui, a un anno dall'alluvione, ancora discutendo.

Come tempi di procedura anche in questa materia lo Stato, che molte volte noi criticiamo, ci ha dimostrato di essere molto più svelto.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Metto in votazione in passaggio alla discussione dei singoli articoli: approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 4 astensioni.

#### Art. 1

*L'amministrazione regionale è autorizzata a concedere, a favore delle imprese industriali, commerciali, turistiche e alberghiere, degli esercizi pubblici, delle piscicoltura, danneggiati dalle calamità atmosferiche del mese di novembre dell'anno 1966, un concorso annuo costante, posticipato, fino al 6 per cento, sui mutui contratti con gli istituti di credito operanti in base al D.L. 18 novembre 1966, n. 976, convertito nella legge 23 dicembre 1966, n. 1142.*

*Le provvidenze di cui al comma precedente sono disposte secondo le norme dell'ultimo comma dell'articolo 1 della legge regionale 28 novembre 1966, n. 21.*

Chi chiede la parola all'art. 1? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io intendo domandare al signor assessore e anche al cons. Santoni che è intervenuto nello stesso senso e sostenendo le stesse tesi, se ritengono veramente di avere risposto all'osservazione, che io ho fatto in sede di discussione generale. Qui bisogna, a mio avviso, bisogna essere chiari, signor assessore: o io capisco male le cose, e in questo caso, guardi, non avrò nessun dubbio ad ammetterlo pubblicamente e a domandarle scusa di averle fatto perdere del tempo, — ma non è competenza mia quello di tener ordine in sala —, dicevo che o io capisco male le cose, e in questo caso lo ammetterò pubblicamente e le domanderò scusa di averle fatto perdere del tempo, lei mi interrompa subito se io ho capito male, se invece però le cose sono così come affermo io, allora dobbiamo tirarne la conclusione che nè lei nè l'assessore Santoni hanno risposto in un modo pertinente.

In questo art. 1 si parla della concessione di un contributo fino al 6%. Io lo interpreto in questo modo: che la Giunta può concedere il concorso in conto interessi, che viene ad aggiungersi a quello che sulle operazioni fatte dall'istituto di Mediocredito gli interessati hanno già per le disposizioni dello Stato, concede un concorso che va dallo 0,1% fino al 6%; il che significa che c'è tutta una ampiezza da parte della Giunta, per cui ad una operazione può concedere il 2, ad una operazione V può concedere il 3, ad una operazione Z può concedere il 6%. Questo mi pare di aver capito, se lei tace io debbo dire di essere nel vero, e perciò proseguo.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Io non ho risposto perché c'è nella relazione, a pag. 4. Lì si dice: noi riduciamo per tutti l'interesse dal 3 all'1,50, per cui, per i previsti 22 miliardi circa di mutui

per un periodo di 10 anni è necessario un limite di impegno per il decennio di circa lire 200 milioni. Invece c'è una spesa di 120 milioni per quei casi in cui dobbiamo arrivare dallo 0 al 6, perciò abbiamo dovuto mettere il 6.

CORSINI (P.L.I.): Benissimo, però signor assessore mi consenta di dirle che altro è quello che dice la relazione e altro è quello che dice l'articolo del disegno di legge. Noi approviamo l'articolo del disegno di legge, non approviamo la relazione, se non in quanto fa parte di quelli che sono gli atti preparatori; allora io la invito a spiegare, anche perché questa potrebbe essere la via di uscita per non ulteriormente discutere la questione della commissione, altrimenti la questione della commissione resta in piedi. O noi formuliamo l'art. 1 in modo che sia chiaro che la Giunta concede a tutti quanti il concorso in conto interessi per abbattere il tasso di interessi fino all'1,50%, fatta eccezione per quegli altri interventi successivi per cui il pagamento degli interessi può essere ridotto anche nei limiti inferiori all'1,50%, qualche volta azzerato e qualche volta addirittura tale da poter portare un contributo in conto capitale, perché in realtà accadrà questo, o altrimenti questo articolo così come è formulato si presta a equivocità, signor assessore. Dunque, non è perché noi vogliamo venir qui a fare la opposizione, è che vogliamo avere la certezza di che cosa stiamo approvando e di che cosa stiamo discutendo. Io non leggo la relazione accompagnatoria, leggo l'art. 1 e vedo che la Giunta è facoltizzata a condere dei contributi fino al 6%, il che significa dallo 0,1% fino al 6%, con un potere discrezionale che è proprio quello contro il quale noi, almeno noi liberali, ci opponiamo, perché noi riteniamo che non sia equo, che non sia giusto e che non sia neanche qualche cosa di molto commendevole.

Non è un'osservazione che facciamo per la prima volta su questo disegno di legge, l'abbiamo sempre fatta anche per altri disegni di legge. Se le cose stanno come sono qui all'art. 1, io allora la prego dopo di sospendere per 10 minuti la seduta per presentare un emendamento che chiarisca il contenuto di questo articolo, perché è questo che noi andiamo approvando, sia pure con quelle che sono le indicazioni che ci provengono dalla relazione accompagnatoria, ma è questo il testo della legge che stiamo per approvare, e allora o si fa questo o altrimenti la richiesta della commissione va effettivamente mantenuta, signor assessore. Perché lei non ha il diritto di venirci qui a dire che lo Stato ci ha dato un esempio, lo Stato ha dato un esempio perché si faccia quello che non volete fare voi, oppure per farlo in un modo estremamente più preciso e più chiaro. Perché è vero che non è stato concesso al Ministero dell'industria alcun intervento in questa questione qui, ma è altrettanto vero che chiunque fa le operazioni con l'istituto del Mediocredito si vede abbattuto il tasso di interesse, non fino al 3%, dal 6 al 3 oppure fino al 3, dallo 0 al 3, ma se lo vede abbattuto al 3%, e allora qui discrezionalità da parte dell'organo politico non ne esiste assolutamente. E, senza che voi ve ne abbiate a male, non è che noi cerchiamo di andare a controllare e a fare le pulci agli operatori per andare a fare i calcoli ed altro, ma noi, facendo il nostro dovere di minoranze, noi vogliamo fare le pulci a voi Giunta! Lei ha sbagliato completamente bersaglio quando ha detto: ma cosa volete sottomettere questi operatori economici ad un accertamento da parte dell'istituto di Mediocredito, poi da parte delle Giunte provinciali che possono anch'esse intervenire, volete introdurre ancora un'altra commissione che vada a pescare dentro le loro cose che — l'ho detto io questa mattina prima di lei —, sono cose molto

segrete, che devono essere trattate con una certa gelosia e con un certo riguardo?! Ma non è che noi vogliamo esercitare il controllo su questo, è che noi vogliamo esercitare il controllo sul perché, nel caso in cui venga mantenuta quella formulazione equivoca, a qualcuno concedete il 4, a qualcuno concedete il 3, a qualcuno concedete il 6, in modo che invece che essere ridotti tutti quanti all'1,50% qualcuno può essere ridotto all'1,70, qualcuno al 2 o via dicendo.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): È già nei contratti!

CORSINI (P.L.I.): Lo so, ma nel testo del disegno di legge questo non si dice. Qui si dice: la concessione di un contributo fino al 6%. Signor assessore, mi pare che è questione di buona volontà e di chiarirci reciprocamente, perché nel caso in cui venga reso esplicito che per tutti si abbatte sicurissimamente all'1,50% — e ciò deve esser detto nella legge, non nella relazione accompagnatoria —, nel caso in cui venga precisato che a tutti si dà l'1,50% e che solo per quelle alcune posizioni eccezionali che sono state indicate da lei nei colloqui con i capigruppo, che sono state indicate in commissione, che sono state indicate nella relazione accompagnatoria, si andrà al di là di questo beneficio, anche al di sotto dell'1,50%, allora esprimo un parere completamente personale, — non so neanche se il mio collega di gruppo è consenziente in questo —, ma allora io ritirerei anche la insistenza sulla proposta della istituzione della commissione consultiva, una specie di commissione di controllo. Non dovete avervene a male, perché questi provvedimenti sono venuti in un momento eccezionale, sono stati presi con un atto eccezionale, che non era neanche formalmente preciso . . .

*(Interruzioni)*

PRESIDENTE: Non interrompere.

CORSINI (P.L.I.): Questo disegno di legge lei l'ha presentato dopo, ed anche questo voglio in un certo senso rispondere, e dire che lo Stato ci ha dato un esempio perché in pochi giorni ha fatto qualche cosa, mentre noi siamo a distanza di sei mesi. Ma, signor assessore, lei l'ha presentato in data 20 aprile 1967 il disegno di legge, il Governo ha presentato un decreto e poi l'ha tramutato in legge a poche settimane di distanza dalle alluvioni, per cui il ritardo non lo imputi a noi, se non almeno per quella distanza che c'è fra il 20 aprile e oggi, ma non certo per la distanza che c'è dall'8 novembre al 20 aprile, quando lei ha presentato il disegno di legge. Ma anche qui non bisogna equivocare sulle responsabilità, come se noi avessimo tenuto in ghiacciaia un disegno di legge che la categoria desiderava; lei l'ha presentato il 20 aprile del 1967 al Consiglio. Dunque, la responsabilità per il periodo dall'8 novembre 1966 al 20 aprile 1967 è sua; la responsabilità del Consiglio, se responsabilità del Consiglio c'è, perché questo direi che è uno dei disegni di legge che ha fatto un iter abbastanza rapido, va dal 20 aprile fino ad oggi, e siamo in sostanza all'11 luglio. È passato in commissione, poi è venuto subito all'ordine del giorno, e non mi pare che noi dobbiamo essere censurati per una responsabilità di questo tipo, una responsabilità che io rifiuto da parte mia, la rifiuto perché è entrato in commissione, è stato discusso in commissione, è stata fatta la relazione tempestivamente sia dalla commissione competente sia dalla commissione alle finanze, e poi la Presidenza l'ha messo all'ordine del giorno ed è arrivato qui, e mi pare che lo discutiamo senza cercare di tirare alle lunghe le cose. Per quanto concer-

ne la commissione, pur essendo disposto personalmente a non insistere su questo tema, una volta che si precisa meglio che a tutti vien dato l'1,50%, in modo che non ci siano poteri discrezionali negli organi politici, io non posso però neanche lasciar passare alcune osservazioni fatte dal collega Santoni. Dice che qui c'è un tentativo da parte delle minoranze di creare una confusione tra organo legislativo e organo esecutivo, l'organo legislativo che vuole assumere compiti e funzioni dell'esecutivo sostituendosi alle responsabilità.

L'assessore Santoni fa parte per la prima volta in questa legislatura del Consiglio regionale, ma non è la prima volta che facciamo delle commissioni di natura consultiva, ne abbiamo fatte, adesso non so quante ne abbiamo fatte, ma ne abbiamo fatte numerose sicuramente. E dico senza malizia polemica che chi si è sempre battuto perché fossero istituite queste commissioni consultive sono stati proprio i colleghi di parte socialista nel momento in cui sedevano sui banchi della opposizione, i quali sentivano allora il bisogno di dire: qualche cosa vogliamo vedere anche noi all'interno di queste cose.

AVANCINI (Assessore finanze e patrimonio - P.S.U.): Mai stato.

CORSINI (P.L.I.): Ma no, Avancini, è la verità questa. Come « mai stato »? Non obbligatemi a presentare una interrogazione così, tanto per il piacere di venir qui poi e leggere tutte le volte in cui ci sono stati interventi dei colleghi socialisti per chiedere queste commissioni consultive. E, perché quello che doveva essere valido allora, non deve più essere valido oggi? Io veramente questo non lo capisco.

In secondo ordine, perché confusione di competenze? Commissioni consultive, collega

Santoni, ne sono state istituite qui, dal Consiglio regionale, e abbiamo citato per esempio la famosa legge 31, tanto per dirne una. Abbiamo pure in vigore la legge per la concessione di agevolazioni al commercio, che vede due commissioni, una per la provincia di Trento e una per la provincia di Bolzano, che sono ancora in vigore anche adesso. Non sarà mica una confusione tra legislativo ed esecutivo questo? Abbiamo esempi che ci provengono anche dallo Stato. La legge per il credito alberghiero, non mi ricordo più che numero e che data porti, mi pare la n. 68 del febbraio del 1960, quella prevede addirittura la istituzione di tre commissioni consultive a carattere decisionale, una per l'Italia centrale, una per l'Italia meridionale e una per l'Italia settentrionale. Non facciamoci degli scandali assurdi ed inutili per una cosa di questo genere.

Adesso ho concluso, ma io aspetto proprio che l'assessore chiarifichi il testo di questo disegno di legge, che è equivoco, io penso di aver spiegato anche i motivi.

Poi io non posso accettare l'osservazione fatta dal collega Santoni nel suo intervento, — l'ha detto che forse era un'osservazione errata, perché non ha assistito —, perché io questa mattina ho letto semplicemente una pagina del verbale, dove ho fatto cinque proposte. Non è che noi veniamo a criticare; criticiamo perché non è stato fatto in quel determinato modo lì, ma le proposte le abbiamo fatte. Era una proposta per esempio quella di arrivare fino a 15 anni, era una proposta quella della sollecitazione che abbiamo fatto, perché venisse ammesso un determinato volume delle scorte prime ecc. Sono proposte concrete, non le avete accolte in parte: è nella vostra capacità, è nella vostra forza di maggioranza, ma non diteci che noi proposte non ne abbiamo fatte. Le abbiamo fatte, e perciò non è che noi veniamo a criticare

senza porre delle alternative, le alternative le abbiamo poste, non le avete accettate.

Io concludo dicendo al signor assessore che qui davvero sciolga questa questione del « fino al 6% » e allora, almeno per parte mia, io non insisterò più ulteriormente sulla questione della commissione.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola su questo articolo?

La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Effettivamente le cose qui cambiano, per cui siamo costretti a modificare la nostra enunciazione, in quanto anche l'atteggiamento già annunciato su questo disegno di legge

E ciò è giustificato dalla disposizione contenuta nell'art. 1, dove la misura relativa all'intervento della Regione sull'abbattimento del costo di interessi va fino al 6%, quindi oltre a una determinata misura, che necessariamente implica una maggiore discrezionalità, d'altronde necessaria da parte dell'organo amministrativo. Ritengo quindi maggiormente giustificata la nomina di una commissione consultiva consiliare che affianchi l'organo amministrativo, nella concessione delle provvidenze già concordate e decise nella riunione congiunta della Giunta e del Collegio dei capigruppo all'indomani delle alluvioni. Io mi permetto di insistere che si tenga conto di quanto è stato assunto come impegno formale in sede politica, da parte della maggioranza, per la costituzione di una commissione analoga a quella che è stata prevista, nel disegno di legge n. 89, tanto più che in questo caso la commissione è ancor più giustificata; a meno che non si voglia dire che l'organo amministrativo si assume tutta la responsabilità, senza tener conto degli impegni presi,

di quelle che sono aspirazioni legittime, necessarie da parte di forze politiche che si sono dichiarate corresponsabili, in un determinato momento, per la assunzione di una determinata politica, di determinati indirizzi a favore delle categorie danneggiate, delle imprese danneggiate dalle alluvioni del novembre scorso. Tutto questo considerato, noi insistiamo affinché la Giunta voglia prendere in considerazione questa richiesta già a suo tempo, poco tempo fa per la verità, assunta dalla maggioranza. Se tale richiesta non verrà accolta, noi dovremo rivedere il nostro atteggiamento per quanto riguarda la approvazione del disegno di legge sottoposto all'esame del Consiglio.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Albertini.

**ALBERTINI** (Assessore industria e trasporti - D.C.): Io, a quanto mi ricordo, non tengo che ci sia un impegno della Giunta regionale di fare una commissione per questo disegno di legge, nessuna, bisognerebbe vedere i verbali; a mia memoria personale non è stato assunto questo impegno. Nella ricordata riunione i capigruppo hanno autorizzato il Presidente della Giunta regionale ad assumere impegni che dovevano poi esser ratificati con legge. Quindi, da questo punto di vista, siamo al di fuori del discorso fatto sulla legge Segnana in confronto alla legge di mia proposta.

Per quanto riguarda l'altro tema, si era pensato di fare due commi all'art. 1, nel senso di dire: per tutte le imprese l'abbattimento del costo di interessi del mutuo può arrivare all'1,50; in casi particolari la Giunta regionale è autorizzata ad abbattere il costo di interesse arrivando fino al contributo del 6%. Soltanto che sono nate molte difficoltà nell'elaborazione del comma per distinguere le due possibilità, le

due ipotesi, una d'ordine generale e una d'ordine particolare; inoltre chi accerta il caso particolare? La Corte dei conti domani può contestare il provvedimento in un singolo caso, perché le considerazioni particolari o sono nell'ambito della discrezionalità della Giunta regionale, oppure sono accertate da un organo che viene costituito. Quindi difficoltà d'ordine tecnico per togliere una proposta, che mi ricordo benissimo era stata elaborata, per distinguere due istituti. Nella relazione diciamo: 22 miliardi e mezzo all'1,50; per i casi particolari il fabbisogno sarà di 2 miliardi e mezzo, con ciò un impegno di altri 100 milioni. Abbiamo ripiegato sulla relazione, proprio perché l'introduzione di un criterio diverso nell'art. 1 avrebbe reso difficilissimo, anche su parere degli uffici legislativi, avrebbe reso difficile l'operare per quei casi cui assolutamente dovevamo provvedere; ci sono casi per i quali moralmente ci siamo impegnati. Altri industriali han detto: se voi vi impegnate adesso, prima di fare la legge, a farci avere quel contributo, noi non rifacciamo neppure lo stabilimento, perché il danno è stato totale; o il danno era del 70%, quindi essi non avrebbero neppure ripreso l'attività economica. In tutti i contratti poi, nelle lettere che il Mediocredito e l'IMI hanno fatto agli industriali che hanno contratto i mutui, è scritto che il tasso di interesse al 3% potrà essere abbattuto all'1,50% sull'emananda legge regionale. Poi, abbiamo convocato l'associazione industriali, sia a Bolzano che a Trento, e abbiamo preso l'impegno di abbattere gli interessi come minimo all'1,50. Il disegno di legge è stato anche trasmesso alle due Camere di commercio e alle associazioni industriali, che hanno dato il loro parere favorevole. Quindi voi volete trasferire questo impegno, — che è nella relazione, è pubblico, e che è nello stanziamento, — in un articolo. Noi studiammo un mese per tro-

vare una elaborazione tecnica possibile. Se fate ora degli emendamenti, siamo costretti a ritirare addirittura il disegno di legge. Noi, per queste ragioni, abbiamo lasciato un articolo generico. Però assicuriamo, se credete alla nostra parola, che nessun industriale, che ha avuto il mutuo agevolato, avrà un tasso superiore all'1,50; lo abbiamo detto nella relazione, lo diciamo qui pubblicamente, come l'abbiamo scritto, e abbiamo autorizzato anche gli istituti di credito, subordinata l'approvazione della legge, a comunicare agli industriali che hanno avuto il mutuo, che riceveranno il denaro all'1,50, e questo è stato comunicato, sempre se la legge verrà approvata. I mutui sono stati fatti, non sono stati ancora trasmessi a noi, ma io li conosco, perché gli industriali sono venuti negli uffici, ed ho visto. Quindi non è possibile alla Giunta regionale recedere dall'impegno, di dare a tutti l'1,50, come minimo. Per il resto vi sono quelle particolari situazioni, che rientrano nell'ambito discrezionale della Giunta regionale, di valutare eventualmente queste situazioni particolari. La Giunta regionale poi è subordinata all'esame delle due Giunte provinciali, per cui si opera d'intesa. Ora, il rapporto fra Giunta regionale e Giunta provinciale è stabilito dallo Statuto, ed è la delega. D'altra parte neppure presso lo Stato vi sono commissioni parlamentari, che amministrano leggi, io non ne conosco. La Giunta, che amministra la legge, è sempre pronta a rispondere al Consiglio regionale del proprio operato. Tutto sommato, sarebbe una novità che aggraverebbe la procedura della legge. E poi vi diamo la garanzia che tutti i mutui saranno distribuiti all'1,50.

Mi pare di aver risposto esaurientemente.

Ritengo che nè in 10 minuti nè in una settimana si possa elaborare un emendamento, dopo tutte le relazioni che la ragioneria, l'ufficio legislativo, i contatti con la Corte dei conti

ci hanno portato a respingere, perché il primo testo del disegno di legge, che ho qui, aveva i due commi proprio fatti in quella maniera lì. È stato detto che, in quella maniera, sarebbero resi impossibili gli interventi che noi desideravamo fare per alcune attività industriali.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Metto in votazione l'art. 1: approvato a maggioranza con 7 astensioni e 4 contrari.

#### Art. 1 bis

*Una commissione consiliare affiancherà la Giunta regionale nell'esame delle richieste prima della trasmissione delle stesse alle Giunte provinciali.*

Questa è la proposta della commissione.

Chi chiede la parola all'art. 1 bis? Metto in votazione l'art. 1 bis: non è approvato, è respinto a maggioranza.

#### Art. 2

*Il concorso di cui all'articolo precedente può essere concesso anche per le operazioni di mutuo effettuate antecedentemente all'entrata in vigore della presente legge, purché successive al 18 novembre 1966.*

Chi è d'accordo con l'art. 2: approvato a maggioranza, con 10 astenuti.

#### Art. 3

*Le disponibilità finanziarie, di cui alla legge regionale 28 novembre 1966, n. 21, possono essere utilizzate per la concessione del concorso previsto dalla presente legge.*

Chi è d'accordo con l'art. 3? approvato a maggioranza, con 9 astenuti.

## Art. 4

*Per l'attuazione della presente legge è autorizzato, a carico dell'esercizio finanziario 1967, un limite d'impegno di lire 300 milioni.*

*Alla copertura dell'onere di lire 3.000 milioni, derivante dall'attuazione della legge, si fa fronte mediante stanziamenti da iscriversi negli stati di previsione della spesa, in misura di lire 300 milioni, a carico di ciascuno degli esercizi finanziari dal 1967 al 1976.*

*All'onere di lire 300 milioni per l'esercizio 1967 si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fondo speciale iscritto al capitolo n. 1030 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario in corso.*

Chi è d'accordo con questo articolo? approvato a maggioranza, con 8 astenuti. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Avremmo desiderato vedere anche in questo disegno di legge riconfermato il principio con cui è stata costituita la commissione consultiva a proposito del disegno di legge sulle aziende commerciali. Lo scopo, almeno per parte nostra liberale, era quello di poter accertare che da parte della Giunta per motivi non sempre necessariamente obiettivi, ma per motivi di discrezionalità di varia natura, a un'impresa industriale fosse dato di più in concorso interessi e ad un'altra fosse dato di meno. La commissione è stata respinta, la maggioranza ha voluto così, abbiamo già altre volte la settimana scorsa fatto le nostre osservazioni intorno a questo tema, non intendiamo ripeterle. Avevamo chiesto che nell'art. 1 del disegno di legge venisse introdotto chiaramente il limite inferiore al quale tutte quante le imprese chiedenti mutui avevano diritto di arrivare, attraverso il concorso in conto interessi della Re-

gione. Il signor assessore ci ha detto che la formulazione era estremamente difficile, si trattava di scoprire un'altra volta l'America. Io accetto questa sua giustificazione, non la ritengo, se mi consente, effettivamente tale; bastava introdurre che l'interesse passivo a carico delle imprese non potrà comunque essere superiore, dopo l'intervento regionale, all'1,50%. Credo che questo avrebbe potuto passare se ci fosse stata buona volontà, senza creare nessuna difficoltà né dal punto di vista della Corte dei conti né d'altro.

Comunque, prendiamo atto che qui è stato preso l'impegno da parte della Giunta che tutti coloro che ricorrono ai mutui facilitati con questo concorso dello Stato, e conseguentemente anche con il concorso della Regione, arriveranno a pagare non più dell'1,50%. Siamo stati sempre d'accordo che per alcune posizioni eccezionali si possa andare anche al di là con le agevolazioni per creare quelle situazioni necessarie per la ripresa, là dove particolarmente sono state distrutte, e pur dichiarandoci insoddisfatti, perché a nostro avviso è mancato anche qui l'onore nei confronti di una parola, che noi credevamo in buona fede presa, dichiaro che il gruppo liberale voterà a favore di questo disegno di legge.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Noi comunisti abbiamo chiarito in due diffusi interventi la nostra posizione su questo disegno di legge, abbiamo avanzato numerose critiche che sono di fondo, di politica economica, e abbiamo accolto anche con una certa soddisfazione alcuni riconoscimenti dell'assessore competente, il che è una prova se non altro che la nostra opposizione è

una opposizione che si sforza di essere argomentata e non preconcepita. Dicevo che noi voteremo contro questa legge, perché noi non riteniamo che questa legge possa raggiungere i fini che si prefigge di sviluppo generale dell'economia, perché riteniamo che questa legge apra spiragli non trascurabili e pericolosi per trattamenti preferenziali a favore di determinate imprese, a danno di altre e così via. Le obiezioni che sono state fatte ai nostri rilievi da parte dei consiglieri della maggioranza in realtà non hanno confutato nulla. Come noi in Parlamento abbiamo contestato la validità, l'efficacia dei decreti così detti alluvionali e delle leggi alluvionali che appunto recepiscono questi decreti, così noi a livello locale sottolineiamo questa non giusta linea di politica economica seguita dalle autorità governative e non giusto adeguamento e allineamento del governo regionale a questa linea. Questa sarebbe stata un'occasione effettiva non solo per dimostrare astrattamente una volontà autonomistica, ma per adeguare l'esercizio dei poteri locali in materia di politica economica alle esigenze reali, e un certo discorso è stato avviato.

Noi riteniamo inoltre che l'istituzione di una commissione per questa legge sarebbe stata di grande importanza, di importanza infinitamente più vasta della commissione per la legge precedentemente votata, di dimensioni assai più modeste. Questa è una legge che dà un segno per l'ammontare del finanziamento concesso ed è una legge che, per la sua natura stessa, avrebbe richiesto la partecipazione di tutti i gruppi, quanto meno alla fase consultiva. L'aver la maggioranza respinto questa proposta, dà a noi un ulteriore motivo per votare contro il disegno di legge medesimo.

**PRESIDENTE:** Chi chiede la parola? La parola al cons. Santoni.

**SANTONI (D.C.):** Vorrei ribadire il voto favorevole del gruppo D.C. e della maggioranza su questo disegno di legge. I motivi che sostengono questo nostro voto favorevole sono stati esposti nell'intervento mio di prima e sono stati poi ribaditi nella replica dell'assessore. Mi pare che il disegno di legge sia valido agli effetti del ripristino e agli effetti anche, come ha detto l'assessore, di creare le premesse per una incentivazione, non approfittando, ma comunque cogliendo l'occasione di questa disgrazia che si è abbattuta sulle nostre aziende industriali, per la concezione di una ripresa economica che tenga conto del progresso che va avanti e del rinnovamento tecnologico che le aziende devono darsi. Questo per quel che riguarda il merito, e ribadisco il nostro parere favorevole per i motivi che ho detto.

Sulla questione della commissione, che ha determinato una così ampia discussione in questa sede, io devo confermare che le ragioni per cui la D.C. e la maggioranza non ritengono di accettare la proposta di inserire la commissione sono molteplici, sono ragioni di principio che io qui ribadisco, sono ragioni di merito che anche sottolineo, cioè non appesantire la procedura, e sono anche ragioni, siccome è stato fatto questo discorso, sono anche ragioni connesse con un certo atteggiamento della Giunta, nei momenti immediatamente successivi all'alluvione. Io devo dire infatti che, scorrendo i verbali e controllando gli impegni che la Giunta regionale ha preso in quella occasione, non ho assolutamente trovato se non un discorso generale e un discorso particolare per quel che riguarda la commissione da inserire nella legge per il provvedimento a favore del commercio, ma per quanto concerne questo disegno di legge non c'è nessun impegno particolare della Giunta ad istituire la commissione. È per questo che ritengo di dover respingere in maniera decisa e pre-

cisa l'allusione fatta nei confronti della Giunta regionale di non aver mantenuto gli impegni assunti, perché a questo proposito la Giunta regionale, per quello che mi consta, io non ero membro della commissione, non ha assunto nessun impegno di questo tipo. Credo che questo sia doveroso dirlo per ristabilire la verità dei fatti e, dicendo questo, io riconfermo il voto favorevole della maggioranza a favore di questo disegno di legge.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Pruner.

**PRUNER (P.P.T.T.):** Noi abbiamo già preannunciato il nostro parere favorevole in linea di massima al disegno di legge che stiamo votando, ma nell'iter di esame dello stesso disegno di legge si sono venute a verificare delle novità che consistono nella mancata accettazione da parte del Consiglio dell'articolo 1 bis, che contempla la costituzione di una commissione consultiva che affianchi il lavoro della Giunta nell'esame delle varie pratiche relative alla legge in oggetto. È venuto a mancare un impegno legislativo politico di commissione, ed è venuto a mancare anche, cons. Santoni, un impegno politico di nove mesi fa. Perché in quel tempo non sapevamo noi che usciva la legge n. 93, e non ci si riferiva a un determinato specifico disegno di legge, ma ci si riferiva comunque a provvedimenti di qualsiasi genere, di qualsiasi tipo, che dovevano essere presi a favore delle aziende industriali danneggiate dalle alluvioni, e in questi provvedimenti doveva inserirsi, sotto una forma non ancora chiara e precisa, il lavoro di una commissione consultiva. Questo è da noi definito un impegno politico, che è venuto a mancare lungo questo periodo di tempo.

Per questa ragione e per il fatto che all'art. 1 non possiamo permettere che un pote-

re discrezionale del 6% su un capitale, — modificato poi per 10, in quanto questo intervento è costante —, possa essere deferito così, *sic et simpliciter*, in un momento nuovo, tutto in una volta all'organo esecutivo, quando non si era d'accordo su questa fiducia, su questo compito da assegnarsi all'organo esecutivo stesso, venendo meno tutto a un tratto, senza giustificazioni di sorta alcuna l'impegno assunto, noi dobbiamo necessariamente ridimensionare il nostro atteggiamento in merito a questo disegno di legge e voteremo pertanto scheda bianca.

**PRESIDENTE:** Chi chiede la parola? La parola al cons. Tanas.

**TANAS (P.S.U.):** Per dichiarare, signor Presidente, che il gruppo socialista darà il voto favorevole a questa legge perché è convinto, come è stato ribadito questa mattina dal collega Molignoni, è convinto della bontà della legge stessa, e soprattutto vuol dare un atto di fiducia, dopo la discussione che è avvenuta adesso, alla Giunta, la quale senz'altro saprà con giustizia amministrare i fondi che ha a disposizione. Si tratta di una legge che riparerà i danni alluvionali, non solo, ma servirà di incentivazione, di ripresa di numerose nostre industrie. Io desidero sottolineare solo una cosa in questa nostra dichiarazione di voto: l'importanza della nostra autonomia. Le imprese danneggiate nella nostra regione, come è già stato detto dal nostro gruppo questa mattina, avranno un trattamento preferenziale a delle imprese che sono state pur danneggiate dagli stessi danni alluvionali, ma situate in luoghi dove non ci sono autonomie regionali; sono tre miliardi che nel giro di dieci anni andranno a favore delle nostre industrie e quindi io riconfermo, a nome del gruppo socialista, il voto favorevole a questo disegno di legge.

PRESIDENTE: C'è ancora qualcuno che chiede la parola per dichiarazione di voto? Pre-go distribuire le schede e di votare.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

Esito della votazione: votanti 40.

26 sì

10 no

4 schede bianche.

La legge è approvata.

Passiamo alla trattazione del *disegno di legge n. 79*:

**« Norme per il coordinamento della legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni, con il decreto del Presidente della Repubblica 30 giugno 1965, numero 1124 ».**

La parola all'assessore Nicolodi per la relazione della Giunta.

NICOLODI (Assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.U.): *(legge)*.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter per la relazione della Commissione.

BENEDIKTER (S.V.P.): *(legge)*.

PRESIDENTE: La parola al cons. Margonari per il parere della Commissione alle finanze.

MARGONARI (D.C.): *(legge)*.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola in discussione generale? La parola al cons. Mattivi.

MATTIVI (D.C.): Brevissimamente, infatti queste norme di coordinamento fra la legge regionale per gli affetti dalla silicosi e asbestosi, associati anche alle forme specifiche tubercolari, e il decreto presidenziale del 1965 si rende opportuno e necessario in quantoché ormai si facevano avanti, è evidente, alcune deficienze nel coordinamento della legge regionale e del decreto presidenziale. Tempestiva, direi, è stata l'azione della Giunta regionale, ancora all'uscita del decreto presidenziale, che aumentava i favori dei lavoratori circa l'infortunistica e circa le malattie professionali in campo dell'INAIL. Tempestivo è stato infatti il rapporto che la Regione ha ottenuto attraverso l'INAIL di Trento per il coordinamento di questa legge, però si manifestavano delle deficienze, soprattutto perché il decreto presidenziale in un primo tempo si credeva potesse dare dei vantaggi a tutti gli affetti dalla silicosi e dalla asbestosi, sia se avuta in Italia che all'estero, sia non badando agli anni — limitatamente a 10 o 15 anni —, in cui prima erano obbligati a denunciare la malattia stessa. All'atto della denuncia infatti il lavoratore doveva dimostrare di aver lavorato per un periodo di 10 o 15 anni soggetto a rischio di silicosi. Ma ci si è accorti che il decreto presidenziale escludeva gli affetti da silicosi colpiti all'estero e rispettivamente arrivava fino al 1934, rimanendo esclusi dunque gli affetti di silicosi precedenti al 1934 in Italia e quelli all'estero. Per gli accordi avuti tra l'INAIL e la Regione si presentavano tre gruppi di affetti da silicosi: quelli che erano stati colpiti precedentemente al 1934, i quali avevano fatto domanda di poter usufruire del decreto presidenziale e che non erano indennizzati dall'INAIL, perché erano stati esclusi ancora in un primo esame; quelli accettati dall'INAIL però in una percentuale inferiore, e un terzo gruppo al quale l'INAIL escludeva totalmente

la presenza della malattia silicosi. Ripeto che sono necessarie queste norme modificatrici, in quanto so che da circa un anno questi lavoratori attendono ancora la rendita da parte della Regione, o meglio dall'INAIL, delegato a ciò dalla Regione.

Mi pare che, per una legge successiva, a questi lavoratori affetti da silicosi con rendita regionale stata data la possibilità di essere assicurati da parte della Cassa di malattia di Trento e di Bolzano, e credo che i lavoratori assunti da parte dell'INAIL automaticamente dovrebbero perdere questo diritto, e chiedo all'assessore se non è possibile, almeno in seguito, riasorbirli. Ho poi un dubbio che mi è venuto nel leggere la legge: quei lavoratori, a cui parte della rendita della silicosi è data dall'INAIL e parte dalla Regione, hanno diritto all'assicurazione di malattia a carico della Regione, o no? Vorrei da parte dell'assessore una delucidazione in merito.

Ripeto, dunque, che, constatato che il decreto presidenziale non ha portato quei benefici che ci si aspettava, è veramente necessaria la presenza di questa legge regionale, che tanto è stata benefica ai nostri lavoratori.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? Nessuno. La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: unanimità.

#### Art. 1

*La legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni rimane in vigore per i casi di silicosi ed asbestosi che non rientrano nella tutela assicurativa prevista dal D.P.R. 30 giugno 1965, n. 1124, salvo quanto diversamente disposto nella presente legge*

*in ordine alle rendite dirette a favore dei lavoratori che hanno contratto le predette malattie nello svolgimento, in territorio nazionale, delle lavorazioni esposte al rischio in epoca anteriore al quindicennio precedente al primo luglio 1965.*

oPngo in votazione l'art. 1: approvato ad unanimità.

#### Art. 2

*L'applicazione della legge regionale 11 settembre 1965, n. 8, e successive modificazioni, continua, anche dopo l'entrata in vigore del D.P.R. 30 giugno 1965, n. 1124, nei confronti di coloro che abbiano presentato domanda all'INAIL per ottenere la rendita per silicosi ed asbestosi, ai sensi del citato D.P.R. 30 giugno 1965, n. 1124, purché fossero, alla data di entrata in vigore della legge statale, titolari di rendita diretta per silicosi ed asbestosi ai sensi della legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni, o che, alla data medesima, avessero già presentato domanda per ottenere tale rendita regionale, sempreché sussistessero i requisiti necessari per l'accoglimento della domanda stessa.*

Pongo in votazione l'art. 2: approvato ad unanimità.

#### Art. 3

*Per i casi in cui le domande presentate all'INAIL dagli interessati, che si trovino nelle condizioni previste dall'articolo precedente, vengano definite negativamente, le norme della legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni, continuano ad applicarsi senza limiti di tempo.*

Pongo in votazione l'art. 3: approvato ad unanimità.

## Art. 4

*Qualora le domande presentate all'INAIL dagli interessati, che si trovino nelle condizioni previste dall'articolo 2, vengano definite positivamente, con l'assegnazione di una rendita non inferiore a quella che va corrisposta ai sensi della legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni, le norme della legge predetta si applicano solo fino alla data dalla quale l'INAIL assume a proprio carico la corresponsione delle rendite.*

*Qualora invece le domande vengano definite positivamente ma con l'assegnazione di una rendita inferiore a quella che va corrisposta ai sensi della legge regionale 11 settembre 1961, n. 8, e successive modificazioni, le norme della legge regionale predetta continuano ad applicarsi fino alla data dalla quale l'INAIL assume a proprio carico la corresponsione delle rendite ai sensi del D.P.R. 30 giugno 1965, n. 1124, e anche oltre tale data, ma limitatamente alle differenze in più tra le rendite già concesse dalla Regione e quelle corrisposte dall'INAIL.*

Pongo in votazione l'art. 4: approvato ad unanimità.

## Art. 5

*La rendita di cui all'articolo 3 e la integrazione di rendita di cui all'articolo 4 hanno carattere di assegno personale, nel senso che saranno riassorbite da eventuali future assegnazioni di rendita per silicosi ed asbestosi, o da eventuali futuri aumenti delle rendite in godimento, da parte dell'INAIL.*

*Rimane comunque esclusa, per il futuro, la possibilità di revisione delle rendite e delle integrazioni di rendita, per aggravamento.*

Pongo in votazione l'art. 5: approvato ad unanimità.

## Art. 6

*Gli importi per rendite o differenze di rendite, a carico della Regione ai sensi dei precedenti articoli 3 e 4, e provvisoriamente anticipati dall'INAIL agli interessati, dopo l'entrata in vigore del D.P.R. 30 giugno 1965, n. 1124, saranno dalla Regione rimborsati all'Istituto stesso.*

*Allo scopo di disciplinare i rapporti giuridici ed economici tra la Regione e l'INAIL, derivanti dall'applicazione della presente legge, la Giunta regionale è autorizzata a stipulare apposita convenzione con l'Istituto predetto.*

Pongo in votazione l'art. 6: approvato ad unanimità.

## Art. 7

*All'onere derivante dall'applicazione della presente legge si fa fronte con lo stanziamento iscritto al capitolo n. 645 dello stato di previsione della spesa del bilancio regionale per l'esercizio finanziario in corso, e sui corrispondenti capitoli per gli esercizi futuri.*

Pongo in votazione l'art. 7: approvato ad unanimità.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione:

Votanti 33

32 sì

1 scheda bianca.

La legge è approvata.

La seduta è tolta, riprende domani alle ore 10.

*(Ore 17.42)*

A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI